

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichsdruck-Verzeichnisse unter Nr. 5047a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kautner
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 8803.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelleile oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Eiserne Internationale ruft!

Der weltweite Ansturm der Metallindustriellen auf die Errungenschaften der organisierten Arbeiter hat am 19. März die Leitung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes in Frankfurt a. M. zusammengeführt. Die Abwehrkämpfe der Kollegen in England, Dänemark, Italien, Frankreich und Deutschland bildeten den Gegenstand der Beratung. Man kam überein, einen der Größe der Kämpfe entsprechenden Kampffonds bereitzustellen. Jede Landesorganisation wird das ihrige tun. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat seinen Anteil schon bereitgestellt. Im übrigen richtet das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiter-Bundes folgenden

Aufruf

an die Mitglieder der angeschlossenen Landesorganisationen:

Kameraden!

In allen Ländern herrscht Krise und wütende Reaktion. Krieg, Gewaltfrieden und Völkerverhaß haben die internationalen Verbindungen und den Verkehr zerstört und die Völker an den Rand des Ruins gebracht. Alle Anstrengungen der internationalen Arbeiterschaft, die Machthaber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Vernunft zu bringen, sind an der Nach- und Raubgier gescheitert. Unternehmertum und Bourgeoisie machen alle Anstrengungen, alle Lasten ihres grausamen und verheerenden Krieges und des daraus erfolgten Chaos auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

In allen Ländern sind Unternehmertum und Reaktion an der Arbeit, die ohnedies niedrigen Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, das Mitbestimmungsrecht abzuschaffen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Arbeiter stehen überall mit dem Kapital in schwerem Ringen um ihr nacktes Leben.

Die Metallarbeiter befinden sich in besonders schweren Kämpfen. Unsere dänischen Brüder wurden schon seit Wochen rückwärts auf die Straße geworfen und kämpfen trotz Arbeitslosigkeit und dem langen Kampfe, der sich bereits im vorigen Jahre abspielte, mit der größten Aufopferung.

Anfangs März wurden die britischen Maschinenbauer vor die Wahl gestellt, sich der Unternehmervillkür zu fügen

oder ausgesperrt zu werden. Die Unternehmer verlangten nebst gewaltigen Lohnabzügen noch Überstunden, und dies, obwohl Hunderttausende arbeitslos auf der Straße stehen. Ebenso sollten alle Errungenschaften, die sich unsere Kollegen während der Kriegsjahre mühsam erkämpft hatten, wieder abgeschafft werden. Auch in Großbritannien verfügten die Unternehmer die Aussperrung, von der bereits einige hunderttausend Maschinenbauer betroffen sind. Der Kampf droht aber auch die übrigen Metallbranchen zu erfassen, wodurch eine Million Metallarbeiter auf die Straße geworfen werden.

In Ungarn sind unsere Brüder ebenfalls vom schwersten Kampfe bedroht und bereits sind über 10000 Metallarbeiter ausgesperrt.

In Österreich, Belgien, Italien und Frankreich spielen sich schwere Kämpfe ab gegen die Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Auch in Deutschland sind unsere Kollegen in schwere Kämpfe verwickelt; die durch die fortgesetzte Markentwertung verursachte Teuerung steigt ins Unermessliche und zwingt zu dauernden Lohnkämpfen, während die Unternehmer alles versuchen, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen. In Süddeutschland stehen zurzeit schon 100000 Metallarbeiter im Kampf, um die versuchten Verschlechterungen und namentlich die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden abzuwehren. Überall ein wildes Wüten der Reaktion.

Kameraden! Metallarbeiter! Wir rufen euch zum Kampfe gegen eine frivole Reaktion auf! Unterstützt eure kämpfenden Kameraden!

Kameraden! Metallarbeiter! Es darf nicht geschehen, daß unsere Brüder infolge mangelnder Mittel ihren Kampf abbrechen müssen. Seist, den Sieg zu sichern. Zeigt dem rachedurstigen Ausbenterer, daß die Metallarbeiter aller Länder geschlossen zu ihren kämpfenden Brüdern stehen! Ihr Kampf ist auch unser Kampf.

Hoch die internationale Solidarität!

Im Auftrag des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiter-Bundes:
Der Sekretär: A. Fig.

wir als gleichberechtigte Mitmenschen betrachtet und behandelt werden.

Das Rechtsgefühl entwickelt sich allmählich zu einem Rechtsbewußtsein. Die Menschen werden sich der Notwendigkeit eines Rechtszustandes bewußt, die felsenfeste Überzeugung, daß man kein Recht zu fordern hat, gewinnt immer mehr an Boden. Der Wille, keinem Menschen Unrecht zu tun, aber auch von keinem Menschen Unrecht zu leiden, beherrscht unser Fühlen und Denken und drückt unsern Tun und Lassen den Stempel auf. Der Grundsatz, daß jeder Mensch für den andern Menschen ein Heiligtum sein soll, das man in keiner Weise verletzen darf, bestimmt das Verhalten eines rechtlich denkenden Menschen. Darum bemüht man sich, sich in die Lage eines andern Menschen hineinzusetzen und bei jeder Handlung oder Unterlassung legt man sich die Frage vor: "Wie würde es dir zunute sein, wenn man dich so behandeln wollte?" Und nach der Beantwortung dieser Frage richtet man sein Verhalten ein. Eigenartiggenweise beschränkt sich unser modernes Rechtsbewußtsein nicht mehr allein auf die Menschheit, auch für die Tiere weisen wir eine ungerechte Behandlung ab. Wenn wir beobachten, wie man einem Tiere Unrecht tut, indem man es mißhandelt oder hungern läßt, so empören wir uns darüber, weil wir fühlen, daß auch das Tier sein Recht bekommen muß.

Das Rechtsbewußtsein ist besonders stark ausgeprägt in den proletarischen Volksmassen, weil sie seit Jahrtausenden unter der Rechtlosigkeit am meisten zu leiden gehabt haben. Sie haben empfunden, was es heißt, als Menschen mißbrachten Rechts behandelt zu werden und darum haben sie den unerbittlichen Willen zum Recht. Diesen Willen wollen sie, unbekümmert um alle Hemmnisse, durchsetzen, und um die Widerstände zu brechen, führen sie den Kampf ums Recht mit eiserner Energie. Sie erstreben das gleiche Recht für alle, was Menschenanlich trägt, das gleiche Recht in Staat und Gemeinde sowie im Wirtschaftsleben. Sie erheben den gleichen Rechtsanspruch auf die materiellen und kulturellen Güter, auf Achtung, Ehre und Menschenwürde, auf Freiheit, Selbstbestimmung und Persönlichkeit. Das Proletariat als die einstmals entrechtete Klasse weiß, welch mächtige Wassa das gleiche Recht ist und darum erscheint ihm der Rechtskampf als eine wichtige Seite des Klassenkampfes. Es freut sich der rechtlichen Errungenschaften, die ihm die Gegenwart gebracht hat, denn es wäre ein Fehler, die Erfolge seines Kampfes gering zu schätzen, aber es begnügt sich nicht mit dem Erreichten, jeder Erfolg ist ihm nur ein Ansporn zu neuen Kämpfen.

In diesem erbitterten Kampfe ums Recht muß jeder Proletarier seine Pflicht und Schuldigkeit tun, indem er sich mit seinen Klassengenossen in Reih und Glied stellt und Schulter an Schulter mit ihnen den Kampf führt. Glücklicherweise lebt auch in der Menschennatur das Pflichtgefühl, das allmählich zu einem Pflichtbewußtsein wird, das heißt, zu der inneren Überzeugung, daß man seine Pflicht tun muß, wenn man sein Recht haben will. Es ist ja nun einmal so in der menschlichen Gesellschaft, daß jedem Rechte eine Pflicht entspricht, daß es keine Rechte ohne Pflichten gibt. Wer von seinem Mitmenschen ein Recht fordert, übernimmt damit zugleich die Verpflichtung, auch dem andern sein Recht zuzulassen zu lassen. Die Pflicht ist die Kehrseite des Rechts, denn unser Zusammenleben beruht auf Gegenseitigkeit, jede Leistung muß durch eine Gegenleistung ausgeglichen werden. Wenn zum Beispiel ein Kind das Recht hat, von seinen Eltern Nahrung, Wohnung und Pflege zu fordern, so hat es seinerseits die Pflicht, den Eltern gegenüber Liebe und Dankbarkeit an den Tag zu legen; wenn eine Frau das Recht hat, von dem Manne Hausstandsgeld zu verlangen, so übernimmt sie damit auch die Pflicht, den Hausstand entsprechend zu gestalten.

Dieser Grundsatz gilt nicht nur im gewöhnlichen Leben, es gilt auch auf allen andern Gebieten. Bekanntlich haben die Frauen Deutschlands durch die Reichsverfassung das Recht bekommen, in Staat und Gemeinde als gleichberechtigte Bürgerinnen mitzubestimmen. Durch dieses neuverordnete Recht ist ihnen aber auch die Pflicht auferlegt worden, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, sich mit politischen Dingen zu beschäftigen. Die gleiche Pflicht ist auch denjenigen Leuten zugesprochen, die früher nicht mitzureden durften, namentlich aber das Wahlrecht bekommen haben. Es ist bekannt, daß hier das Pflichtgefühl noch sehr geschärft werden muß, weil die Pflichterfüllung noch viel zu wünschen übrig läßt.

Im Bereiche des Klassenkampfes muß als der oberste Grundsatz angestellt werden: Wollen die Proletarier ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein erringen, so müssen sie die Pflicht als Klassenkämpfer ganz erfüllen. Ein Arbeiter, eine Arbeiterin, die aufständige Lohn- und Arbeitsbedingungen fordern, sind verpflichtet, sich ihrer Organisation anzuschließen und mitzukämpfen. Tun sie dies nicht, sondern nehmen die Errungenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes für sich in Anspruch, ohne zu den Erfolgen beigetragen zu haben, so sind sie elende Schmarotzer, die die Früchte fremder Arbeit verzehren. Das Koalitionsrecht, um das wir seit Jahrzehnten heiß gekämpft haben, ist heute zu einer Koalitionspflicht erweitert worden. Daß wir das Recht haben müssen, einer Kampforganisation anzugehören, erscheint uns als eine Selbstverständlichkeit, heute kommt es darauf an, daß sich die Proletariermassen ihrer Pflicht bewußt werden, den Organisationen anzugehören und in den Organisationen mitzuarbeiten. Glücklicherweise ist auch das Pflichtbewußtsein fortwährend im Steigen begriffen. Dafür zeugt das Wachsen der proletarischen Organisationen und dafür zeugt auch die Tatsache, daß wir einen Klassen-genossen danach werten und beurteilen, ob er einer Organisation

Rechtsbewußtsein — Pflichtbewußtsein

Wenn man einen um seine Forderung kämpfenden Proletarier fragt, was er erstrebt, was das Ziel seines Kampfes ist, so antwortet er kurz und bündig: "Ich will mein Recht haben, ich verlange das, was mir von Rechts wegen zukommt!" In dieser Antwort findet das proletarische Rechtsbewußtsein seinen bezeichnendsten Ausdruck. Wie die Erfahrung und die Geschichte lehren, ist das Rechtsbewußtsein eine der stärksten Triebkräfte in dem Bestreben der Menschheit aus geistiger und wirtschaftlicher Knechtschaft. Weil sich die Unterdrückten innerlich empörten gegen das ihnen angetane Unrecht, weil sie die Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung, unter der sie zu leiden hatten, als eine himmelschreiende Ungerechtigkeit empfanden, nahmen sie den Kampf auf um das gleiche Recht, um die Gleichberechtigung auf allen Gebieten. Dieser Kampf ums Recht hat sich seit Jahrtausenden abgespielt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, er tobt auch heute noch in alter Schärfe weiter, so man kann wohl sagen, daß er in den letzten Jahrzehnten an Schärfe und Erbitterung zugenommen hat. Das Rechtsbewußtsein der proletarischen Massen ist in der Gegenwart viel empfindlicher und viel schärfer ausgeprägt als jemals und deshalb wird jede rechtliche Zurücksetzung viel unangenehmer empfunden als früher. Und wenn auch heutzutage von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen recht viel Weisens gemacht wird, und wenn auch in der Reichsverfassung der Satz steht, daß Arbeiter und Angestellte in Gleichberechtigung mit den Unternehmern das Wirtschaftsleben ausgestalten sollen, so beweisen doch die Tatsachen, daß dies in vielen Fällen nur eine Illusion ist, die der Wirklichkeit ins Gesicht schlägt.

Das Rechtsbewußtsein ist dem Menschen angeboren, es wohnt tief in der Menschenbrust und macht sich überall bemerkbar. Die Menschen sind eben als soziale Wesen, das heißt als Wesen, die in Gemeinschaften zusammenleben, aufeinander angewiesen und in ihrer Daseinsmöglichkeit voneinander abhängig. Wenn sie überhaupt miteinander auskommen wollen, wenn der Kampf aller gegen alle ein Ende nehmen soll, so muß der eine auf den andern Rücksicht nehmen, er muß die Rechte der andern Menschen

achten, weil er verlangt, daß auch sie die feineren achten sollen. Darum legt jedesmal und überall, wenn die Menschen sich gegenseitig bekämpfen und zerfleischen, die Schuldsucht nach Ordnung und Recht ein und die Menschen ruhen und rasten nicht eher, bis wieder die Gerechtigkeit über ihrem Zusammenleben schwebt. Die Gerechtigkeit ist ein starkes Bedürfnis der menschlichen Natur, und der Wille, das Recht doch immer Recht bleiben muß, rinnt sich, allen Gewalttätigkeiten zum Trotz, am Ende doch immer durch. Auch die größten Feuertäter der Gewalt, die rücksichtslosesten Gewaltmenschen, die das Faustrecht höher stellen als das Recht, müssen doch zuletzt selbst zugeben, daß ein menschliches Zusammenleben nur möglich ist auf dem Boden des Rechts. Menschen sind eben keine Tiere, die sich mit Hohnern und Klauen zerfleischen, es sind vernünftige Wesen, die miteinander leben und auskommen müssen, wenn sie überhaupt existieren wollen.

Das angeborene Bedürfnis nach Recht und Gerechtigkeit tritt schon bei Kindern als Rechtsgefühl zutage. Schon ein Kind, das zur Schule geht, fühlt in den ersten sechs Wochen, ob die Lehrerin und der Lehrer gerecht oder ungerecht vorgehen, ob sie das eine Kind gegenüber dem andern bevorzugen oder ob sie alle gleich behandeln. Hat es die Empfindung, daß Gerechtigkeit waltet, so bejuchert es die Schule mit Lust und Liebe und noch in späteren Jahren erinnert es sich mit Freude seiner Schulzeit. Ist aber das Gegenteil der Fall, verspürt das Kind, daß es ungerecht hergeht, so verliert es die Lust zur Schule und denkt auch später nur mit innerem Widerwillen an das erlittene Unrecht zurück. Auch in den wirtschaftlichen Betrieben fühlt man sich nur dann wohl, wenn man gerecht behandelt wird, aber der Ekel steigt einem in die Kehle, wenn man sieht, daß von den Vorgesetzten und Mitarbeitern Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird. Einen Betrieb, in dem es ungerecht hergeht, betritt man nur ungerne und man freut sich, wenn man wieder draußen ist. Das Gleiche gilt von dem ganzen menschlichen Zusammenleben, denn wo man Ungerechtigkeit verspürt, empört sich unser Rechtsgefühl, weil wir uns nur dort wohlfühlen, wo

angehört oder nicht. Wer tatlos beiseite steht und seine Pflicht als Proletarier nicht tut, der wird als ein pflichtvergeßener und darum minderwertiger Mensch betrachtet und behandelt. Nur treue Pflichterfüllung im Klassenkampfe sichert uns die Anerkennung und Zuneigung unserer Klassen-genossen, mit einem Menschen, der kein proletarisches Rechts- und Pflichtbewußtsein besitzt, wollen wir nichts gemein haben. Er darf keinen Anspruch erheben auf den Ehrentitel Klassenkämpfer und wenn er noch so sehr mit revolutionären Redensarten um sich wirft.

Der Wirtschaftsstand

Der Rückgang auf dem deutschen Arbeitsmarkte, den verschiedene Konjunkturpropheten schon für das erste Quartal 1922 in Aussicht gestellt hatten, ist bisher nicht eingetroffen. Aller Voraussicht nach werden wir vorläufig noch von einer Arbeitsmarktlage vorüber- bleiben. Die meisten Industriezweige sind zurzeit mit einem Auftrags- bestande versehen, der eine volle Beschäftigung für sechs bis neun Monate verbürgt. Darüber hinaus kann natürlich bei den heutigen unsicheren Wirtschaftsverhältnissen kein Sterblicher vorausbestimmen. Die neuesten Berichte über die Lage des Arbeits- marktes in den verschiedenen Teilen Deutschlands lauten verhältnis- mäßig günstig. Nach den Mitteilungen von 392 deutschen Städten (über 10 000 Einwohner) betrug die Gesamtzahl der unterstützten Vollerwerbstätigen am 25. Februar 136 693. Im Vergleich zur Vorwoche ist die Arbeitslosigkeit in diesen Städten etwa um 9000 Mann zurückgegangen. Es ist zu berücksichtigen, daß von den ge- samten Erwerbslosen 52 801 auf Groß-Berlin entfallen. Hohe Ziffern weisen ferner auf Breslau mit 5493, Dresden mit 4683, Sam- burg mit 2101, Kiel mit 3093 und Königsberg mit 4879. Auf 1000 Einwohner kamen in Groß-Berlin 13,9, in Breslau 10,4, in Dresden 8,8, in Hamburg 9,2, in Kiel 15 und in Königsberg 18,7 Er- werbslose. Sehr günstig ist die Lage des Arbeitsmarktes in den mitt- leren und Kleinstädten sowie auf dem platten Lande, besonders aber in Ost- und Südwestdeutschland. Mit Eintritt der milderen Witterung hat sich der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften stark erhöht. Auch im Bergewebe macht sich eine Belebung bemerkbar. Besonders regt scheint die Bautätigkeit in den Industriegebieten, auf dem Lande und in den Geschäftskreisen der Großstädte zu werden.

Im Wohnungsbau steht es jedoch nach wie vor trübe aus. In einer besonders schlimmen Lage sind durch die erneuten Erhöhungen der Baumaterialpreise die Siedlungsgenossenschaften geraten, von denen viele gerade jetzt bei Beginn der Bauzeit den bauwirtschaft- lichen Schwierigkeiten begegnen müssen, daß infolge der allgemeinen Steige- rung der Baukosten an eine Inangriffnahme der Siedlungsarbeiten zu den veränderten Bedingungen bei weitem nicht zu denken ist. Das Jahr 1922 wird infolgedessen keine Erleichterung, sondern sogar noch eine Verschlechterung der Lage des Wohnungsmarktes bringen. Trotzdem besteht infolge der gesteigerten Bautätigkeit in der Industrie und der Landwirtschaft bereits überall wieder ein Mangel an Maurern, Zimmerleuten und sonstigen Bauhandwerkern. Auch die Maschinen-, Metall- und elektrotechnische Industrie zeigt eine dringende Nachfrage nach geübten Arbeitskräften, der nicht überall ein ausreichendes Angebot gegenübersteht. Günstig ist der Beschäfti- gungsgrad vor allem auch im Holzgewerbe. Das Textilgewerbe geht nach den Berichten aus der ersten Märzwoche einer erneuten Kon- junkturerhöhung entgegen. Auch die chemische Industrie weist einen betrüblichen Geschäftsgang auf. Während so auf der einen Seite die Aussichten am deutschen Arbeitsmarkte keine ungünstigen sind, haben sich die Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung in den letzten Wochen durch die sich überziehende Lebensmittelverknäp- pfung verschlechtert. Man kann deshalb der nächsten Zukunft nur mit größter Sorge entgegensehen. Sie birgt in sich die Gefahr erneuter schwerer Konflikte, die nur durch die nötige Besonnenheit und Bereit- schaft zur Verständigung auf beiden Seiten vermieden oder in ihren schädlichen Wirkungen für die gesamte Wirtschaft abgeschwächt werden können.

Ertrag der Leipziger Messe

Die alte Messestadt Leipzig hat wohl noch nie ein so lebhaftes Treiben und denartige Milliarde-Umsätze wie auf der diesjährigen Frühjahrsmesse gesehen. Wenn es möglich gewesen wäre, der un- gekläerten Nachfrage des In- und Auslandes ein entsprechendes An- gebot gegenüberzustellen, so hätte der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie mindestens auf ein Jahr, in manchen Branchen sogar auf mehrere Jahre gesichert werden können. Die Marktlage war jedoch dem Aufwandskommissionen langfristiger Abschlüsse sehr hinderlich. Die meisten Firmen haben sich damit begnügt, ihre Produktion für die nächsten sechs Monate zu verkaufen und darüber hinaus eine feste Bindung ab- zulehnen. Das gilt besonders von der Maschinenindustrie, der elektro- technischen Industrie und dem Textilgewerbe, das heißt von solchen Branchen, bei denen die Umsätze eines besonders hohen Wert re- sultieren und die Betriebe sich mit Rohmaterialien nur auf eine we- nigermäßig kurze Zeit eindecken können. Hier bestand die Gefahr, daß die in den nächsten Monaten sicher noch fortzuhaltende Lenkung alle Berechnung auf lange Sicht über den Haufen warf und un- angelegene Streitigkeiten zwischen Lieferanten und Käufern hervor- rief. In einer etwas günstigeren Lage war das Kunstgewerbe, ein- schließlich der Porzellan- und keramischen Industrie, und die Spiel- zeugfabrikanten, das heißt diejenigen Branchen, die ihre Rohmaterialien im Inlande kaufen können und bei denen nur die Höhe eines sehr ungewissen Zolls darstellte.

Es ist bedauernd für die Stimmung bei den Teilnehmern und den Einwohnern, daß die ersten bei Beginn der Messe kaum recht wogten, ihre Preise zu nennen, weil sie eine gleiche Abschonung fürchteten, und daß auf der anderen Seite die Käufer über die sprunghafte Ver-

Wohin treiben wir?

Von Bill Hänggen, Dortmund

Der Mensch hängt aus dem Rhythmus der Geschichte und kämpft be- ständig mit dem, was an Überlieferungen an ihm hängt. Das gilt für Schichten, Völker und andere Gruppen wie für den Einzelnen. Bestenfalls, daß es ein Einzelner ist. Aber die Überlieferungen sind dabei doch auch ein Segen, denn auf ihnen steht der Mensch und kann von da sehen, daß und wie er weiterkommen darf. Er hat die Erfahrung, die er gemacht hat, und er hat die regerlossten Theorien, wie weit, wie tief reichen seine Tugenden. Er weiß, was er über die Geschichte des Menschengeschlechts hinaus und über das Individuelle, das von ihm kommt, geht. Die Wissenschaften, die ich für zwei Gruppen gab, gebe ich nun für einen Menschen, die Masse tut es, so heißt es irgendwo bei Herodotus. In der Tat: die Masse tut es. Die Masse tut viel, gewiß, aber sie tut nicht alles. In ihr mag die Überlieferung leben, die Wissenschaft, Beweglichkeit, die zweckmäßige Or- ganisation. Jetzt diese der Wissenschaft, kann nicht der gelehrte David den König Salomons in den Sand, kann kein eine kleine Schicht geistig beweglicher Menschen die Wirtschaftsgüter beherrschen und sich die Wege der arbeitenden Menschen hinreichend machen. Das jagt nur die Dinge einer „vom Bau“. Die wissenschaftlichen Be- trachtungen der heutigen Industrie haben in einer Katastrophe bequeme Wege.

Recht in eine Gesellschaft vertritt heute sich die Natur (die ja nicht mehr und nicht weniger „Gründe im Kopf“ hat, als durch die Einzel- dinge in sie gelegt werden), als sie die richtigen, richtigen Chancen bis zu mehr als 30 Meter Länge zeigt. Weil sie bei jeder Jäger wegen ihrer Möglichkeit zu handeln waren, mußten sie vor den Menschen, zweckmäßiger organisierten Regierungen der Schamlosigkeit, Lang ist es her.

teuerung gar nicht sehr erkannt waren und die Phantastpreise ziem- lich glatt bewilligten. Es verdient besondere Erwähnung, daß die in- ländischen Einkäufer mindestens ebenso dringenden Bedarf zeigten wie die Ausländer. Das gilt besonders von den Geschäftsleuten aus den mittleren und kleineren Städten des östlichen Deutschland, deren Hauptabnehmer die Landkundschaft ist.

Vor wenigen Tagen hat in der Generalversammlung der Siemens & Halske A. G. Dr. C. F. v. Siemens darauf hingewiesen, daß die deutsche Industrie bei gleichen Bedingungen, wie sie zwischen den Kon- kurrenzländern früher bestanden haben, heute am Weltmarkte nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Die ungenügende Produktivität in unserer Wirtschaft werde augenblicklich nur verschleiert durch die Spannung zwischen der Kaufkraft der Mark am In- und ausländischen Markte. Hieran ist vielleicht soviel richtig, daß die deutsche Wirtschaft von Be- ginn des Krieges bis heute nicht in der Lage war, ihren Produktions- apparat in der Weise auszubauen und zu modernisieren wie die aus- ländische Konkurrenz. Um so mehr mußten aber jedem objektiv ur- teilenden Besucher der Leipziger Messe die ungeheuren Fort- schritte auffallen, die sich in allen Branchen gegenüber dem Vor- jahre zeigten. In verschiedenen Gewerben wird bereits wieder sehr hochwertig Qualitätsware hergestellt. Die ausländischen Messebesucher gaben ihrer Verwunderung für die großartigen Leistungen der deutschen Schaffenskraft immer wieder Ausdruck und versicherten sehr oft, daß selbst zu den höchsten Preisen die deutsche Ware die Kon- kurrenz mit dem Auslande aufnehmen könne. Das gilt besonders dort, wo eine verbesserte Technik und eine künstlerische Gestaltung ins Ge- wicht fallen.

Hinsichtlich der Absatzmöglichkeiten hat also die Leipziger Messe gewisse Besorgnisse vorläufig gestreut. Eine Gefahr droht augen- blicklich der Hochkonjunktur von ganz anderer Seite. Die Industrie sieht sich infolge der starken Schwankungen des Marktes und der entsprechenden Veränderung aller Gestehungskosten jeder Möglich- keit einer sicheren Kalkulation beraubt. Sie wird außer- dem durch die allgemeine Erhöhung der Preislage von Tag zu Tag immer unfreier in ihren Verfügungen, da der Wert ihrer mobilen Betriebskapitalien im Vergleich zum Umsatz immer geringer wird. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß der Zwischenhandel bei den jetzigen hohen Preisen Gewinne einheimt, die in gar keinem Ver- hältnis zu seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung stehen. Und gerade auf der diesjährigen Messe waren Tausende von Firmen vertreten, die erst in der Nachkriegszeit entstanden sind und deren ganze Tätig- keit darin besteht, daß sie sich zwischen Produzenten und Abnehmer brängen und auf diese Weise eine beträchtliche Verteuerung der Wa- ren herbeiführen. Solange die Konjunktur und die Preise steigende Tendenz zeigen, werden sich diese überflüssigen Firmen wohl halten können. Ein oder zwei Krisenjahre dürfen aber hier zweifellos kräftig aufsträumen und den Umfang des Zwischenhandels sowie seine Gewinne auf ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Maß zurückführen.

Die neuen Eisenpreise und die Christen

Als die Unternehmer unter tätiger Mitwirkung der bürger- lichen Arbeiter- und Angestelltenvertreter den Eisenwirtschaftsbund für die Bestimmung der inländischen Eisen- und Stahlpreise beauftragt, sollte so etwas wie ein neuer Ausschuss die deutsche Industrie be- leben: Denn der Eisenwirtschaftsbund war doch ein Gemmis; die Preisbildung kann nur durch Angebot und Nachfrage zustande kommen, so jagten die Monopolisten. Und außerdem, so sekundierten die Verbraucherindustriellen, kann niemand unter dem Regime des Eisenwirtschaftsbundes so festen Preisen abschließen, wenn alle Augen- blicke die Höchstpreise herabgesetzt werden. Aber das war nur Angst vor dem Schwerindustrieellen, sonst die letzten nicht selbst unter den Verbrauchern sitzen. Es sprach mal jemand von der göttgewollten Ab- hängigkeit und er hatte so unrecht nicht.

Am 1. März sollten im Deutschen Stahlbund neue Höchstpreise festgelegt werden und die bürgerlichen Arbeiter- und Angestellten- vertreter haben das außerordentliche Vergnügen, den Herren Industrie- kapitalisten auch ihre Auffassung sagen zu dürfen. Sechs Mann hoch sitzen sie im Stahlhof und haben — nichts zu sagen, will helfen: nichts mitzubekommen.

Die Schwerindustrieellen sind sich im traulichen Kämmerlein nicht einig; Thyssen, Altkner und Gutehoffnungshütte sind mit 1000 A mehr für die Lanne Stabeisen zufrieden, Hönig und Rhein Stahl mit 700, Dortmund, dem weitestgehenden Preisstreiter an der Spitze, verlangen 2200 A. Sie einigen sich auf 1500 A und die Komodie mit den Arbeitnehmern vertreten kann steigen.

Das Reichswirtschaftsministerium gibt den Thyssen, Altkner und Gutehoffnungshütte noch 100 A auf ihre unter sich verteilte Forde- rung und setzt sich für 1100 A Erhöhung ein. Die Herren Arbeit- nehmer vertreten beschließen. Die Schwerindustrie denkt gar nicht an „Entgegenkommen“, selbst Vermittlungsvorschläge werden nur an- gehalten. Sie haben zu bestimmen, denn der Deutsche Stahlbund ist doch kein Eisenwirtschaftsbund! Meine Herren, die Selbstkosten sind ganz erheblich gestiegen. Denken Sie an die Frachtkosten, die Kohlen- preise, die Gehälter und Löhne. Und im März kommt sich er doch eine weitere Erhöhung der Löhne. Außerdem müssen die Erneuerungskosten erheblich gesteigert werden. Eigentlich sind 500 A die Lanne Eisen dafür notwendig. Meine Herren, die deutsche Industrie, die Arbeiterkraft, major armes Vaterland usw.

Herr Wandach von den Angestellten schwingt sein Schwert der Verbannung für 1100 A und keinen Pfennig mehr, aber an dem harten Stahlpanzer der Industriellen gerät sein Schwert, ohne Schwamm zu hinterlassen. Der Kampf ist mehr wie ungleich. Da macht Herr Schmitz, Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiter- verbandes in Köln, dem Kampf seines Kollegen ein Ende, denn Ge- horsam ist des Christen Schand. Er erklärt sein und seiner Freunde Einverständnis mit der Forderung der Schwerindustrie, denn die Unter- nehmer geben ja doch nicht nach. Herr Schmitz ist ein gehorsamer Christ und auch Herr Wandach ist es wieder.

Der letzte Höchstpreis des Eisenwirtschaftsbundes für Stab-

essen betrug 2440 A; im Juni stand der Marktpreis auf 1800 A, je- tzt ist der Höchstpreis 7050 A gegen einen Friedenspreis von 97 A 99 A. Bei den übrigen Eisenorten sind die Höchstpreise ähnlich, zu- teil noch schärfer. Für die oberdeutschen Werke kommt noch hin- ein Frachtkörnung von 300 A (bisher 250 A) und ein besonderer Zuschlag für alle Eisenorten von 600 A (bisher 450 A). Somit be- tragen die Höchstpreise das 70- bis 75fache der Friedens- preise. Eine unerhörte Steigerung. Wohl haben sich die Un- ternehmer zur Einhaltung der Höchstpreise verpflichtet, aber niemand hat ein sicheres Untersand dafür. Über auch der einzige Scheingrund gegen Höchstpreise wurde befristet, denn nach dem Berliner Tageblatt hat der Stahlbund beschlossen, nicht zu festen Preisen abzugeben, sondern nur zu Tagespreisen. Für die Eisenhändler gilt es überhaupt keine Bindung mehr, selbst keine scheinbare, wie bei den Industriellen.

Für diese Entwicklung haben die Christen freiwillig die Veran- wortung mit übernommen und glauben in ihrer selbstigen Herzen- einseitigkeit, daß die Unternehmer höhere Löhne zahlen, wenn die Pro- fiten steigen. Ihre weltliche Erziehung hätte ihnen längst das Gegente- lehren müssen. Aber sie verständigten sich trotzdem weiter an der deutschen Volkswirtschaft und schänken den Unternehmern immer höhere Ge- winne zu.

Vom Aussperrungsrecht der Unternehmer

Mit der Frage der Berechtigung von Arbeiterausper- rungen durch den Arbeitgeber beschäftigte sich das Bezirks- gericht Zweibrücken in einem ausgedehnten Ver- fahren. Die Klage richtete sich gegen die Dinglersche Maschinen- fabrik A. G. und war eine Folge von Maßregelungen, die Anfang Januar d. J. im Betrieb infolge Differenzen zwischen einem Werk- meister und einem Arbeiter erfolgt waren. Es handelte sich hierbe- hauptsächlich um die Verletzung eines Kranführers (Anhängers) in eine andere Werkabteilung, worin der Betriebsrat eine Strafe er- billigte, vor deren Verhängung er zu hören war, weil die Verletzung mit einer Lohnschmälerung verbunden war. Auf Veranlassung des Be- trieberrats wurde damals die Stelle bis zur Klärung nicht besetzt. Es schloßen sich ausgedehnte Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Direktion und Abteilungsleitung an, die ergebnislos blieben. Die Sache zog immer weitere Kreise. Als dem Betriebsrat obmann schließlich die fristlose Kündigung ausgestellt wurde, kam es natürlich erst recht zu Unruhen und zahlreichen Arbeiter, insbe- sondere des oberen Maschinenbaus, strömten in den Fabrikhof, um sich über die Sachlage zu unterrichten. Der in der Mehrzahl sich ruhig verhaltenden Menge wurde plötzlich von einem Obergerichtskläger erklärt, daß der Betrieb der oberen Maschinenfabrik am nächsten Tage ge- schlossen sei, womit die Beschäftigten dieser Abteilung ausgesperrt war und erst zwei Tage später wieder anfahren konnte. Ein all- gemeiner Streik schloß sich an, der aber bald beigelegt werden konnte. Von den ausgesperrten Arbeitern stellte nur einer zwecks Herbei- führung einer grundsätzlichen Entscheidung Klageantrag beim Gewerbe- gericht auf Auszahlung des Lohnes, der ihm durch das Verhalten der Firma ohne eigene Verschulden entgangen sei. Die Firma wandte ein, Betriebsratsmitglieder hätten zum Teil freilich (Nichtbesetzen des Kranführerpostens) aufgeföhrt, wodurch die Fort- führung des Betriebes unmöglich und nicht von der Betriebsleitung verschuldet worden sei; außerdem erbot die Firma die Beilegung auf Ersatz eines Teiles des und 240 000 A umfassenden, durch die Aussperrung entstandenen Schadens. Das Gewerbegericht stellte sich auf den Standpunkt, daß zu Beginn der Differenzen eine fristlose Ent- lassung des Kranführers gerechtfertigt gewesen wäre, daß aber die Ver- setzung auf Grund der Feststellungen in der Verhandlung eine Ver- zinsung war, zu der der Betriebsrat hätte gehört werden müssen. In dem Vorausströmen der Arbeiterkraft aus dem oberen Werk nach der Entlassung des Obmannes erblickte das Gericht keinen Akt der be- harrenden Arbeitsverweigerung, der die Aussperrung als durch die Arbeitnehmer verschuldet begründet hätte; ebensowenig konnte sich das Gericht davon überzeugen, daß die Firma zu ihrer Maßnahme durch Unvermögen zur Bereitstellung eines ordnungsgemäß funktionierenden Betriebes gezwungen war. Die an sich unzulässige Aufforderung des Betriebsrates zur Nichtbeurteilung des Kranes konnte nicht als ausreichender Grund zur Aussperrung anerkannt werden. Der Klage des Arbeiters wurde daher in vollem Um- fang stattgegeben (lediglich eine Arbeitsstunde wurde als ab- zugsfähig erachtet) und die Beilegung der Firma unter Aufbüdung der Kosten heider Klagen abgewiesen.

Schnapsunters Klage

Der Verein der Spiritusfabrikanten hält die Jahresversammlung ab. Der Schnapskönig, ehemalige konservativer Reichstagsabgeord- nete Kretsch, gibt den Bericht und dabei entschuldigend ihm folgende Klage: Die erfreuliche Folge des verstärkten landwirtschaftlichen Brenn- weinbetriebes ist eine sehr merkwürdige Steigerung des Viehbestandes in den Landwirtschaftsbetrieben auf leichtem Boden gewesen. Leider hat der Absatz an Branntwein mit der Erzeugung nicht gleichen Schritt gehalten. Ironie des Schicksals. Mit dem verstärkten Brennweibetrieb ist eine Vermehrung des Viehbestandes eingetreten. Leicht möglich. Die vermehrte Schnapsproduktion hat den erhöhten Schnapskonsum zur Folge, mithin geraten immer mehr Menschen unter Vieh, denn der Schnapskäufer steht unter dem Vieh. Aber der Herr Kretsch bemerkt, daß in Deutschland noch nicht genug gefressen wird. Die deutsche Arbeiter- schaft schreit nach und nach von dem Schnapsverbrauch ab, sie wendet sich hohen, edlen, geistigen Getränken zu. Das ist recht so. Mögen die Deutschnationalen mit ihrem monarchistischen Anhang ihren Fußel allein trinken und daran zugrunde gehen. Die Arbeiterkraft wird weiter befreit sein, den Branntweinverbrauch vollständig einzurückzulenken.

Und dann wieder begann die eigentliche Menschwerdung an einer Begleide: die einzelnen Glieder vollbrachten eine vorher nie erhörte Tat: Das Werkzeug löste sich als sinnliches Glied, der Hammer verlor sich dem Arm und verfiel die Faust, aber er brauchte nicht besändig wie die natürlichen Gliedmaßen mitgeschleppt zu werden und lebendig zu sein. Wirtschaft, Moralität, Wirtschaft! So fühlte auch da- mals die Natur, daß die zu wenig geübte Klugheit ein Hindernis der Anpassungsbewegung sei. Und bei der Menschwerdung führte ein weiterer „Systemwechsel“ in ein Land kaum begrenzter Möglichkeiten.

Der ziele nur ein Himmelswillen leitet den Schluß, daß die Klugheit ein Ubel sei. O nein, sie ist es nicht, sie ist im Gegenteil die Voraussetzung für die Vorteile und den Segen jeder Gliederung. Der Mensch konnte nur werden als soziales Wesen, er schuf sich in der Gemeinschaft Sprache und Ver- stand und mit ihnen das Werkzeug. Er erwiderte es vom einfachen Schweißhämmer als Werkzeug über das Kollektar hinaus bis zu den Wunderwerken des Großbetriebes im modernen Güterverkehr, wo zu den Werkzeugen auf der Erde die Klugheit unter den Klaffen kommen und die Transparenzmaschinen in der Höhe, die ganze Wagenladungen aufweisen, gleichmäßig durch und durch sind und in den Transportorga- nisationen liegen. Die kleine Kellereifel mit ihrer Lebensorganisation in zwei hinter ein liegende Zeiträume weiß, so arbeiten auch die Selbstorganisationsorgane noch oft in allgemeiner langst abgetaner Weise: sie legen Rollen vorne unter und weichen sie hinten wieder- aus. Ein Transparenzrad: das Kollektar von ein! Als ich als kleiner Junge in der schwarzen Kohlenqualm des Zinnwerkes geriet, waren noch fast überall nur niedrige Holz- bänke, in denen die Arbeiter die Rollen durch schwere Rollen und Gehel bewältigten. Gütermittel war höchstens der Retardant, dessen Rad aber auch mit der Hand gedreht wurde. Aber da griff ja der Dampfspannung noch die Wasser- und die elektrische Kraft ein und — die Dinge wurden ungeheuer verschoben. Wohl nahmen diese Schritte viele Klugheit an sich, aber dafür begann eine geradezu tobstichtige Klotzerei der Güterbänke, die den Arbeitern keine freie Minute mehr ließ. Die Revolution brachte eine gewisse Milderung dieses Bett- rennens, aber den Grund dafür mußten die Arbeiter selbst legen. Wie es ja auch weiter sein wird. Es wird so gehen, wie es die Beteiligten treiben. Das ist keine neue Entwid- lung, aber eine wichtige Wahrheit. So stehen wir? Wir rühmen uns unserer hohen Geistes- wissenschaften, wir durchsuchen den Himmel mit seinen Sternen und können aus den träge wirkenden Überlieferungen unserer nächsten Umwelt nicht heraus. Ob die lebens- notwendigen Dinge wirklich hergestellt werden, das ist auch heute noch ganz auf den Zufall gestellt. Es hängt an der Über- legung, ob da oder dort eine Kapitalistengruppe rechnet, daß gerade an diesem Wichtigsten am meisten Profit herausgehoben werden kann. Rechnet aber der kalkülantige und feinstberzige Rammont- eigner, daß er mehr Projekte einschleift, wenn er Kanonen, Schenkbilder, Schnaps oder Opium herstellt, dann flüht das Kapital dahin und läßt sich auch nicht aufhalten, selbst wenn es Verbrechen begehen muß. Haben wir nicht Proben genug in der Kriegszeit gehabt? Für den Massenmord wurde flugs eine weißgehende Planwirtschaft eingeführt, aber die Lebenden wurden mit Stedrüben totgefüttert, wobei die deutschen Bauern und eine verüberte „Wissenschaft“ bemerken wollten, daß die Rube ungeachtete Qualitätsmängel beherbergt. In Wirk- lichkeit konnten die Bauern an Brotgetreide und Kar- toffeln, für die Höchstpreise festgesetzt waren, nicht genug Profit machen. Schließlich gab es noch Sted- rübenmehl, und den Frauen, die es nicht haben wollten, sollte es „verbandsweise“ ausgehandelt werden: sie bekamen keine Erbsen oder Graupen, wenn nicht zugleich das „vorzügliche“ Stedrübenmehl mitgenommen wurde. Ja, als der Weltwärts erklärte, man möge

WELTSCHAU

Waffenplan der Maschinenbauer Amerikas

Von W. S. Johnson,
Präsident des amerikanischen Maschinenbauer-Verbandes.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Die internationalen Metallarbeiterkongresse von Kopenhagen und Lugern haben neben ähnlichem beschlossen, die Umwandlung der Waffenfabriken in Friedensbetriebe nachdrücklich anzustreben. Eine der großen Schwierigkeiten dieser Umstellung besteht darin, nützliche Beschäftigung für die vielen Tausende von Kriegsschiffbauern, Gewehrmachern und Munitionsbearbeitern zu schaffen. Bevor nicht für diese Kollegen Platz in der Erzeugung für den Friedensbedarf gefunden ist, muß die oben erwähnte Forderung ihre papierne Beschaffenheit beibehalten. Um diese unerlässliche Vorbedingung der Umwandlung, der schließlich Abrüstung zu erfüllen, haben die Maschinenbauer Amerikas einen Plan ausgearbeitet, der auch für unsere Kollegen des Westens, des Westens wertig scheint, so daß wir den folgenden Auslass des amerikanischen Kollegen Johnson gerne wiedergeben.

Es gibt keine Gruppe in den Vereinigten Staaten, die inbrünstiger die Beseitigung des Krieges wünscht, als der Maschinenbauer-Verband. Man erinnert sich noch des Beschlusses seines Kongresses von Rochester, der die organisierten Metallarbeiter und verwandte Berufe aller Länder auffordert, einen Plan für die gemeinschaftliche Aktion gegen die kriegstreibenden Kräfte zu entwerfen. Dieser Beschluß wurde dem Internationalen Metallarbeiter-Bund in Bern letzten April überreicht.

Der Zusammentritt der internationalen Abrüstungskonferenz in Washington unter der Führung unserer eigenen Regierung brachte für unsere Gewerkschaft eine prächtige Gelegenheit, den Geist des Beschlusses von Rochester als auch die Forderung des internationalen Metallarbeiter-Kongresses in praktische Handlung umzusetzen. Uns ist das besondere Los zugefallen, die Führung zu übernehmen. Wir haben das Allerpraktischste und Naheliegendste auszuführen, was unmittelbar zur Beseitigung der Kriegsgefahr dienen kann, nämlich jene, von gewinnstüchtigen Waffenfabrikanten geförderter, auf Kriegsanfertigung hinauslaufenden Tendenzen zu unterbinden, indem wir dafür sorgen, daß alle Seereschiffe den Privatbetrieben entzogen werden. Wir bestehen darauf, daß es, für die amerikanische Regierung wenigstens, an der Zeit ist, die Aufrichtigkeit in der Abrüstung damit zu zeigen, daß sie ein für allemal die Triebkraft des Profits aus dem Kriegswaffenhandel ausschaltet.

Es ist allgemein bekannt, daß die Profitgier der Waffenfabrikanten bisher einen mächtigen Ansporn zur Kriegsanfertigung darstellte. Durch die Unterbindung einer nicht geringeren Stelle als des vom Wollerbund aus Fachleuten gebildeten Sonderausschusses sind sehr durchschlagende Gründe gegen die Überlassung von Seereschiffen an Privatunternehmen gemacht. Wie es scheint, hat die Washingtoner Abrüstungskonferenz der Frage der Waffenfabrikation von Privatunternehmen wenig Beachtung geschenkt. Das mag vielen recht bedauerlich dünken. Die Schwierigkeiten, die für Amerika aus der privaten Waffenerzeugung für andere Länder besonders vor unserem Eintritt in den Weltkrieg hervorgerufen wurden, hatten noch im Gedächtnis aller feierliebenden Leute. Inzwischen, wenn auch die Abrüstungskonferenz es nicht für tadellos erachtet hat, sich mit dieser Sonderfrage zu befassen, so darf das nicht als Hindernis des Vorgehens gegen die private Waffenfabrikation angesehen werden. Jedenfalls nicht als ein Hindernis für den Maschinenbauer-Verband, der laut betont, daß es die Pflicht des Parlaments und der ausführenden Ämterstellen, des Präsidenten und der Minister für Krieg und für Marine ist, Wehrhilfe zu schaffen.

Der Privatgewinn mit all seinem schlimmen Drum und Dran muß bei der Erzeugung von Kriegsgüter ausgeschaltet werden. Zu diesem Behufe hat unsere Regierung fortan alle Bestellungen des Kriegs- und des Marineministeriums in die gut ausgerüsteten Werkstätten und Werften des Staates hinzuleiten. Diese Werke sind so gut eingerichtet, daß sie entschieden billiger und besser arbeiten können, als irgend ein Privatbetrieb, zumal hier ein vorzüglich geschulter Stamm von Leuten, die meistens Maschinenbauer, also Mitglieder unseres Verbandes sind, vorhanden ist. Geschult und organisiert wie sie sind, bewegt von dem Geist der Friedensliebe, stellen sie einen wertvollen Bestandteil des Vermögens der Nation dar und werden ihren Bürgern gute Dienste leisten.

Das Programm des Maschinenbauer-Verbandes in Sachen der Ausmerzung der Kriegsurachen und der Verminderung der Rüstungen fordert darum zuvörderst die Ausführung aller Rüstungsarbeiten in Staatswerken. Da aber der Bedarf an Kriegsgüter von Jahr zu Jahr abzunehmen hat und, wie wir herzlich glauben, abnehmen wird, verlangt unser Programm, daß die überschüssig werdenden Teile der Staatswerkstätten für die Befriedigung der Bedürfnisse aller anderen Abteilungen und Stellen des Staates umgestellt werden. Mit einer solchen Umstellung werden praktische und ideale Ziele erreicht. Zuerst und vor allem die Unterbindung jener Tendenzen, die den Krieg als Profitquelle für die Waffenfabrikation zu machen trachten.

Zum andern werden dadurch für Staat und Volk namhafte Ersparnisse erzielt. Die dritte und sehr wichtige Folge wird sein, daß die Überführung von vielen Tausenden von Arbeitern nach anderen Orten und Berufen unterbleiben kann. Und schließlich wird durch die höchste Ausnutzung der Leistungsfähigkeit dieser Staatswerke, die möglich ist, wenn von ihnen nicht nur die Ministerien für Krieg und Marine, sondern alle Staatsabteilungen beliefert werden, eine bessere Vergütung der in diesen Unternehmen angelegten Millionen, alles Steuergroschen des Volkes, verbürgt. In unserer Zeit der industriellen Fehrrichtung, der Unterproduktion, der Geschäftsflaute ist es äußerst wichtig, daß, so immer möglich, stützende Werke und Einrichtungen in Tätigkeit gehalten werden. Denn jede untätig bleibende Maschine, Arbeit und Arbeitskraft darstellend, ist Vergeudung.

Zu all diesen nützlichen Folgen muß eine andere gleich wichtige gefügt werden, die allerdings mehr mittelbar als unmittelbar ist. Die Erfahrung hat genugsam gelehrt, daß wenn die Regierung ihren Bedarf in ihren eigenen Werken befriedigte, die sofortige Erzeugung eine Senkung der Preise war.

Ich möchte aber nicht den Eindruck hervorrufen, als wenn die Annahme des hier oben entworfenen Programms durch den Maschinenbauer-Verband schon gleichbedeutend mit seiner Vermittlung sei. Verstehen und Entwerfen des Programms ist lediglich der erste Schritt. Die Hauptsache ist, es praktisch wirksam zu machen, damit handgreifliche Ergebnisse erzielt werden. Zwecks Erreichung solcher Ergebnisse hat der Vorstand des Verbandes fähige Ingenieure in seine Dienste genommen, die praktische Erfahrung darin haben, wie die Ausnutzung der staatlichen Einrichtungen für andere als für Seereschiffbedürfnisse verwickelt werden kann. Sie sollen den Stand aller einschlägigen Dinge untersuchen und einen Bericht über alle Teile der Unternehmung veröffentlichen. Dieser Bericht wird technische und wirtschaftliche Einzelheiten bringen, womit den Regierungsbeamten, Abgeordneten und dem Volke bewiesen wird, daß genügend Aufträge vom Kriegs- und Marineministerium und von den anderen staatlichen Abteilungen zu bekommen sind, um die Staatswerkstätten und Werften gegenwärtig, dann mit den Aufträgen der anderen Staatsabteilungen für alle Zeit beschäftigt zu halten.

Die sorgfältige Untersuchung der in Frage kommenden Umstände mit der Ausarbeitung des Berichts, der sich auf Tatsachen, nicht auf Ansichten stützt, stellt den zweiten Schritt dar. Der dritte Schritt wird darin zu bestehen haben, die Lehren des Berichts vorerst den Leuten der Regierung und den Abgeordneten des Kongresses einzubringen, damit diese die entsprechenden verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen zur Vollführung unseres Programms treffen. Überdies soll jedes Mitglied des Verbandes Gelegenheit bekommen, sich mit dem Inhalt des Berichts vertraut zu machen, damit jedes einzeln oder im Verein mit anderen Gruppen und den Volksvertretern handeln kann. Jedes Mitglied hat dann seine Abgeordneten anzutreiben, daß sie für die Unterbindung der Rüstungsgewinne eintreten; daß sie danach trachten, daß die Militärbudgets nur dann bewilligt werden, wenn die Aufträge ganz an die staatlichen Werkstätten gehen. Jedes Mitglied, jede Gruppe hat an ihrem Orte zweckmäßige Anschlüsse anzunehmen und sie an die Spitzen der Körperschaften wie an den Kongress weiterzuleiten. Inzwischen wird der Hauptgegenstand alles, was in seiner Kraft steht, tun, um noch mehr Angaben, Zahlen und Tatsachen für die Begründung seines Programms zu liefern.

Nach der Spaltung in Frankreich

Das Monatsblatt unseres französischen Bruderverbandes, L'Union des Métaux, ist längerer Unterbrechung wieder eingetroffen. Es ist der Neugierige, wie sich die Lage unseres Westens über den Stand der Dinge in Frankreich wieder einigermaßen ausgefüllt. Der Bericht des Monatsblatts zeigt, was uns das Ausbleiben von Verträgen, die den Metallarbeiterverband, nämlich, daß die Jellenbauerei überaus wichtig ist, und der Metallarbeiterverband ist praktisch gescheitert. In ganz noch allenfalls Ortsgruppen, aber die sind organisatorisch meist in zwei Teile gerissen, die sich gegenseitig bekämpfen oder die dank der durch den Bruderkampf bewirkten vollständigen Einflußlosigkeit keinerlei Anziehungskraft mehr ausüben, so daß die Kollegen es vorgehen, Mittel und Zeit anderweitig zu verwenden. Der treue Stamm des alten Verbandes, der Fédération des Métaux, macht übernehmende Anstrengungen, die Reihen wieder zu schließen. In verschiedenen Orten hat er dem Ansturm von links und von rechts ja auch leidlich standgehalten. Das wichtige Norddepartement bleibt unberührt, im Westen sind die Gruppen Saint-Razaire, Trignac, Nantes, Couéron treu geblieben und die alsbald-losziehenden Gruppen bleiben dem Gewerkschaftsbund.

Wie steht es nun um die Mitgliedschaft in anderen industriellen Mittelpunkten? Beginnen wir mit Paris und dem Seine-Departement. Hier bestanden 13 Metallarbeitergruppen, die vor dem Kriege insgesamt nie unter 7500 Mitglieder musterter. Nach dem Waffenstillstand, zur Zeit der vertraglichen Festlegung des Achtstundentages, schwollen sie auf 22000 an. Einige Zeit danach begann die Jellenbauerei. Der Niedergang war sozusagen automatisch. Die Kollegenschaft, abgestoßen, vertrieben von dem Bruderkrieg, blieb immer

Merke: der Sozialismus ist keineswegs Uniformität; er will im Gegenteil erst durch die bessere Einzelschule für jedermann allen vorhandenen Kräften im Volke die Möglichkeit der Entfaltung geben und damit einer bunten, farbigen Mannigfaltigkeit die Wege bahnen.

Dahin treiben wir. Dahin sollen, wollen und müssen wir bewußt und beharrlich arbeiten. Aber wir müssen erst „reif“ sein! Gewiß, wichtig ist auch die „Sozialisierung der Gehirne“, indes muß doch auch beachtet werden, daß der Kapitalismus, solange er die Dinge beherrscht, ihnen auch in großem Umfange seine Ideologie aufträgt. Sollte mit der Sozialisierung gemartet werden, bis der letzte Mensch „sozialisiert“ wäre, dann käme es natürlich nie dazu. Auch hier muß die Menschheit mit seinen höheren Zwecken und reift zugleich mit dem Werden und Wachsen des wirtschaftlichen Sozialismus.

Früher war es ein berechtigter Einwand, daß die Sozialisierung der Wirtschaft vor allem Ruhe bedinge. Erreuelicherweise haben das auch die in Frage kommenden Volksschichten mehr und mehr eingesehen. Aber die größere Ruhe für die Wirtschaft verflüchtigt auch in großem Umfange, mit der Sozialisierung endlich mehr voranzukommen. Ansonst entsteht die Gefahr, daß größere Volksteile enttäuscht und verbittert wieder in ihr früheres Untertanenbewußtsein verfallen und sich „um überhaupt nichts mehr kümmern“, wodurch sie so ohne weiteres die aktiv bleibenden kapitalistischen Gegenkräfte stärken würden. Oder aber es könnte der gefährliche Eindruck entstehen: immer muß es erst „lebendig“ zu werden drohen, ehe für die Sozialisierung oder gegen die Feuertaube etwas getan oder wenigstens versprochen wird.

Zuversicht und Begeisterung, Erkenntnis und Zielfestigkeit, zweckmäßige Organisation, viel, möglichst viel Volk, viel Passivität, aber auch Selbsteinsicht und Beweglichkeit, dann wird es — nicht von heute auf morgen, aber mit der Zeit —

zahlreicher fern. In jedem Monatsheft taufend Mitglieder weniger. Nach zwei Jahren zählt nun der Verband in dem Bezirk, der über 225 000 organisierte Metallarbeiter aufweist, nur noch 2000 Angehörige. Zurückblieb nicht einmal ein Hundertteil (0,8 v. H.), um die „revolutionäre Einheitsfront des metallindustriellen Proletariats“ zu markieren. Die andern haben sich vertrieben. Ein geringer Rest versucht nun, durch Gründung einer neuen Gruppe die abgestoßenen Kollegen wieder zu sammeln.

Nicht besser steht es in Lyon. In diesem bedeutungsvollen Gebiet der Metallindustrie ist die Zahl der Organisierten auf 700 gesunken. Bei der Spaltung blieben die dem Verbande treuen Kollegen noch in der Gruppe, um mit ihrer Erfahrung bereit zu bleiben, bis sich der Sturm wieder verzogen habe. Der Niedergang der Organisation mit dem Drum und Dran an Beschäftigungen zwang sie jedoch, eine neue Gruppe zu schaffen, um die Fortgesetzten nicht vollends zu verlieren. In Marseille, wo die Organisation ganz dem Verbanne verloren ging, ist gleichfalls eine neue Gruppe gegründet worden. In Bordeaux hat nur noch die Sektion der Former einige Kraft oder Anhängerschaft. Von allen andern Berufen dürften kaum noch mehr als 330 organisiert sein. Die Former sind dem Verbanne treu geblieben. Und um sie herum sammeln sich jetzt die andern Berufe. In Tourcoing, Boulogne und anderen Industriestädten ist man dabei, die zerstreuten Kräfte wieder zu vereinigen.

Diese Aufzählung, die wir unsem französischen Bruderverband entnehmen, zeigt, daß es doch nur eine schmale Reihe von treuebliebenden Gruppen gibt. Wir sind zwar der Meinung, daß es dem Eifer so tüchtiger Gewerkschafter wie Mannheim und Venot gelingen wird, die Front zu stärken. Wenn wir auch unserselbst auf Grund einer langen Erfahrung der Überzeugung sind, daß die Jellenbauerei nicht viel Selbs spinnen werden, so bleibt nichtsdestoweniger die überaus traurige Tatsache bestehen, daß der französische Metallarbeiter-Verband auf Jahre hinaus als Nachfaktor ausgeschaltet ist. Wir beklagen das um unsere gesamten Kollegenschaft Frankreichs und um der internationalen Arbeiterbewegung willen. Nachdem die französische Gewerkschaftsbewegung demassen zerrüttet ist, wird es mit der Zerrüttung der unter besserer Organisationsverhältnissen erlangten Errungenschaften nicht lange auf sich warten lassen. Der Achtstundentag wird bald hartem Angriff durch das Unternehmertum ausgesetzt sein. Sein Schicksal kann unter solchen Umständen nicht zweifelhaft sein. Und noch weitere Verschlechterungen werden bald folgen.

Der sowjetrussische Staatshaushalt

Zum ersten Male seit ihrem Bestehen veröffentlicht die Sowjetrepublik eine Aufstellung ihres Staatshaushalts. Die Hauptposten lauten:

Ausgaben	1878 Millionen Goldrubel
Einnahmen	1648
Fehlbetrag	230 Millionen Goldrubel

Um zu zeigen, was sich seit früher geändert hat, gemalt es, einige Posten im Budget des Reiches mit einigen in dem der Sowjetrepublik zu vergleichen. Im Jahre 1910 machten die wesentlichen bürokratischen Ausgaben (Pol., Justiz, Innere) 227 Millionen aus, im Jahre 1922 sind sie auf 29 700 000 Goldrubel angelegt. Im Jahre 1910 überstieg das Budget dem Ministerium für öffentlichen Unterricht 80 Millionen, das von 1922 bewilligt 123 Millionen. Die Militärausgaben betragen 1910 598 Millionen, 1922 628 Millionen. Um das Bild zu vervollständigen, seien die Einnahmeposten von einst und jetzt miteinander verglichen:

Einnahmen	1910	in Millionen Rubel	1922
Rolle und bergleichen	879	84 %	75
Monopole	1662	59 %	—
Transport	—	—	99
Holzindustrie	—	—	78
Eisenindustrie	—	—	908
Lebensmittel	—	—	428
Berufsbetriebe	189	5 %	66

Demnach jagt das Reich dem weitaus größten Teil seiner Einnahmen aus den Monopolen, vornehmlich aus dem Schnapsmonopol; das Sowjetreich die seinen aus den Industrieerzeugnissen und den Nahrungsmitteln, oder will sie wenigstens aus diesen beiden Quellen ziehen. Denn ob die Summen auch wirklich in der Höhe, die sie auf dem Papier des Voranschlags haben, eingehen, ist eine andere Frage. Der von Sowjet wegen antinende Ausleger des Budgets meint nur: „Die von der jetzigen republikanischen Regierung erzielten materiellen Ergebnisse sind kaum glänzender.“ Nach Ablauf des Jahres 1922 dürfte wohl die Worte „kaum glänzender“ sich nicht mehr ganz paßlich für die Art der negativen Ergebnisse erweisen. Zur Erhärtung dieser Meinung mag wohl der folgende Hinweis genügen: 426 Millionen Goldrubel will die Moskauer Regierung aus den Lebensmittelaufgaben (Naturalabgaben) erzielen, obgleich die Bevölkerung an der Wolga Hunger stirbt und andernwärts die Bauern, um der Steuer zu entgehen, gerade bloß sovjet anbauen, wie für ihre eigene Ernährung unerlässlich ist. Mit den Einnahmen aus der industriellen Produktion dürfte es jähmerlich besser werden. Hierüber jagt der schon genannte amtliche Ausleger (Information relative à la Famino en Russie, veröffentlicht am 15. Februar 1922 von dem Vertreter der Sowjets in Paris) wörtlich: „Die Industrien, deren Produktion im Vergleich zu der vor dem Kriege auf 20, 15, ja sogar auf 9 Hundertteile gesunken ist, sind selbst nicht einmal imstande, das Budget eines Landes wie Rußland zu speisen. Man muß demzufolge die Industrie erneuern. Was zu einem gewissen Grade wird das gegenwärtig gemacht. Die Arbeit beginnt wieder in den Werken, in den Minen, und ihr Ertrag erhöht sich. Aber diese Bewegung ist noch weit von einer allgemeinen Erneuerung der Industrie des Landes entfernt. Damit dies stattfinden kann, sind Kapitalien — ausländische Kapitalien — unerlässlich.“

geschafft. Die Vermittlung muß wie ein Scheinwerfer beständig das Feld der Tatsachen abhuchen und nach jeder Veränderung gleich die Fehls des Bewußtseins herumwerfen, damit es uns nicht geht wie dem „unentwegten“ Hund, der noch länger in der alten Richtung rennt, wenn der Hase schon längst eine scharfe Wendung gemacht hat.

Schaffen wir uns durch beständige, kluge und lebensschaffende Arbeit die neue Welt des Sozialismus, die eine neue „Umwertung aller Werte“ vornehmen wird. Da pulsen und wogen die Kräfte auf- und durcheinander, immer neu aus der „Tiefe“ aufgestrichelt, da drücken keine monopolistischen Einzelbeden die Vielen als „Wallst“ tot; da füßt auch der „Kleinste“ und „Geringste“ seine Kraft und seine Weisheit, weil er es tut, auch ganz anders im wogenden Reigen auszuwirken.

So wird sich für die befreite und glückliche Menschheit eine neue Wirtschaftselbst eröffnen, in der alle frisch und freudig an die Arbeit gehen werden und in der das dunkle wie das deutliche Sehen der gekauften Völker wohl endlich einmal Erfüllung finden wird, wie Kautskaus in seinen Büchern ahnt oder wie Leopold Jacoby singt:

Siehe, da brach durch die widerstehenden Massen
Ein Morgenstrahl
Von wunderbar fender Gewalt.
Und alsbald heulte der Sturm nicht mehr,
Und der gelbende Sturm ward milder und kühner,
Wie die Wellen sich zerteilten;
Sie schmolzen und schwandten dahin,
Wie ein Reif schmilzt vor dem Hauch des Sturmes,
Und durch die Nebelhüllen der Nacht ward frei,
Da lag vor mir in Blut getaucht
Der Himmelshorizont.
Sprachklammen durchsuchten des Ozeans Ostrand,
Und in dem Großen und Unendlichen des Sturmes
Erhoben aus den Wägen die Himmelstleute,
Ein Sonnenaufgang.
Wie bisher meine Augen ihn nie gesehn

dies Qualitätsmaß in den Wählertrag schaffen, wozu es gehöre, da hätte die russische Deutsche Tageszeitung, der Rat des sozialdemokratischen Blattes sei schon recht, doch wäre zu befürchten, daß das Vieh das Strohstücken nach diesem „Veredelungsprozess“ nicht mehr freissen würde.

Es ist bei der Wissenschaft unserer Zeit der Menschheit in hohem Maße unwirksam, daß sie noch immer so blind in ihrer eigenen Weltanschauung steht. Der Sozialismus will die Menschheit aus der jenseitigen Hingegenommenen Notwendigkeit in das Reich der Freiheit führen. Planwirtschaft und Sozialismus beherrschen die Gedanken. Und während manche Leute um so feinnütziger zu werden scheinen, um so näher sie der Erfüllung kommen, sehen andere Verleumern, wie Rathenau, die „jenseits“ stehen wollen, prophetisch die kommenden Dinge in einem Ausmaß, wie es diesen innerhalb des Ringes ein Muster sein könnte. Der Weg ins neue Land führt über die Klasse die ja auch alle vorragenden Einzelnen trägt) durch die Organisation der zweckmäßigen Gliederung und Einordnung. Bewegung tut not und Zielfestigkeit, Leidenschaft und Erkenntnis, jedes ist wichtig, aber keines genügt allein. Loten auch, die wie manche Syndikalistin das Glückreich ihrer kindlichen Träume gekommen wären, wenn alle Fabriken über ständen und wenn sie nur ein paar Kariokollen ausbuddeln könnten. Die Bevölkerungszahl jeder Zeit ist an eine bestimmte Wirtschaftstechnik gebunden und kann sich bei einem Rückfall gar nicht halten. Wenn die Syndikalistin den geringsten Gebrauchsgegenstand des alltäglichen Lebens ohne Weltberleht und Weltpolitik erlangen wollten, würden sie ihr blaues Wunder erleben. Rein, der Weg zum Sozialismus geht viel mehr über größere gesellschaftliche Wellung, zu krasserer Einstellung, oder — und das ist sehr wichtig — diese muß sachlich begründet sein. Je mehr solche Faltung, um so ausgeprägter kann sich auch der Einzelne auswirken.

Tarifbetrachtung

Das „Dresdner Tariffsystem“

Von A. Peterhans-Dresden

Die Mängelheiten der bisherigen Art der Lohnanpassung an die Lebensnotwendigkeiten heißt den Gewerkschafter nach etwas Besserem suchen. Bei dieser Suche ist die Dresdner Kollegenschaft zu einem Tariffsystem gekommen, das, soweit wir leben, in mancher Hinsicht neu ist. Die folgende Darlegung unseres alten Kollegen Peterhans dürfte der Erörterung der wichtigen Sache förderlich sein. Schriftleitung.

Wieder Verhandlungstag. Unsere Forderungen sind so becheiden, daß zur Begründung wohl kein Wort zu sagen ist, begründet ein Arbeitervertreter die Drehung der Lohnschraube. Er will sie sechs Gänge höher drehen. Die Vertreter der Arbeitgeber bremsen. Die anderen drehen wieder höher. Die anderen wieder zurück. Und so jedesmal bei den etwa hiezig folgenden Tarifjahrschrauben! Manchmal erfolgt rasch über zwei oder drei Zahlen eine Einigung, aber die nächste aber, über eine einzige Zahl schleppen sich dann wieder stundenlange Verhandlungen hin. Man kommt gar nicht mehr weiter. Schon ist Mitternacht vorbei. Fröstelnd tritt man aus dem rauchgeschwängerten Lokal in die kalte Morgenluft. Schade um die wertvolle Zeit, die wieder nutzlos vergeht wurde. Und doch regt sich keine wieder die stille Hoffnung, daß die trostlos erscheinende Arbeit doch ein Schrittden vorwärts geführt hat.

Raum ist der Tarif vereinbart, wird er schon wieder gekündigt. Wieder sollen siebzig Schrauben gedreht werden.

Trostlos! Läßt sich denn gar kein vernünftiges Tariffsystem finden und anwenden, das die gegenseitige Quälerei und die unsinnige Verschwendung von Zeit und Arbeit auf ein Mindestmaß bringt?

Heute sitzen wieder dreißig oder fünfzig oder noch mehr Menschen zusammen. Wieder knarrt und höhnt die Lohnschraube vor, zurück, vor... Wieder das grausame Spiel, stundenlang, endlos. Nerven und Gesundheit kostet es besonders den Wortführern auf beiden Seiten. Unter den Austraggebern beiderseits haben nur wenige eine Ahnung davon, weil bei der Berichterstattung die zerschundenen und zerrissenen Nerven ja nicht mit auf den Tisch des Hauses gelegt werden können. Der Vollständigkeit in der Verammlung der Arbeitgeber sucht angenehmer erblüht als die in der Arbeiterversammlung. Arbeiter sind als Arbeitgeber hart und schwer zufriedenzustellen. Bitter unrecht tun sie oft ihren Augen und fleißigen Unterhändlern. Die werden so manchesmal mit einer Kritik überschüttet, die weder von Sachkenntnis noch von Verantwortlichkeitsgefühl beeinflusst ist. Das Verantwortlichkeitsgefühl muß im Tarifunterhändler brüskieren.

Eine Anzahl Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sitzen zusammen. Durch ihre Hände gleitet die Blut schmutzigen Papiergeldes. Schwiegend wird jeder Feser gestempelt, entwertet. Heute stampeln wir über jeden Zehner eine acht, das nächstemal fünf, das nächstemal drei, dann zwei, dann einhalb, und dann, und dann — O Herrreich? Rußland?

Bei der Beschäftigung mit der Not von heute dürfen die Tarifunterhändler (in beiden Lagern) ihren Kopf nicht in den Sand stecken vor den vollswirtschaftlichen Sorgen und Pflichten für morgen. Sie müssen den Mut haben, sich dem sinnlosen Drehen der Lohnschraube entgegenzustellen, damit das planlose Drehen nicht das ganze Produktionswerk zersprengt.

Die Schraube höhnt und drückt — und noch mehr plagt sie Hunderttausende von alten Leuten, Rentenermpfängern, Angehörigen des Mittelstandes, Kriegshinterbliebenen, Freiseoldaten, Studenten, Witwen, Künstler Schriftsteller usw. Jede Tarifverhandlung, jedes Anziehen der Lohnschraube vergrößert die Leuerung, bedeutet noch mehr Elend. Die Schraube verhöhnt uns. Was sie oben länger zücht, das wird sie unten kürzer; was sie auf der einen Seite zügelt, holt sie auf der andern mit tödlicher Sicherheit weg. Was dir die Lohnschraube heute einschmeichelt, beschneidet in die eine Hand legt, schlägt sie dir morgen mit der Faust wieder heraus. Und dir, alter Mann, und dir, Mutter, Witwe legt sie gar nichts in die Hände; aber sie zehrt mit an einem Stückchen Brot und sie zieht auch die letzten Strümpfe aus.

Setzt nach Wien. Der Arbeiter hat dort im Januar 1921 4000 Kronen verdient und im Dezember des gleichen Jahres 60000 Kronen. Mit der Nominalsumme ist real lediglich seine Not gewachsen.

Nach mehrtägigen Verhandlungen war das Ergebnis wieder Armut. Die eine Seite meint aus zwingender Not mehr haben zu müssen, die andere sagt, nicht mehr geben zu können. Die Austraggeber der einen Partei haben geraten: mehr könnt ihr unangenehm bewilligen! Die Austraggeber der andern Partei haben befohlen: weniger dürft ihr uns nicht widerbringen! Alle rednerischen Fähigkeiten, alle Beweismittel, Zwangsmittel, Induzieren und anderes mehr, beiderseits mit Sachkenntnis und Fähigkeit aufgebracht, sind erschöpft. Nichts werden die Klappen eingepackt und wieder halb eingepackt. Bitter, mühsam ge-

meistert klingen die Worte; später die Antwort: großem ein Zwischentritt! Abbruch der Verhandlung! löst einer hervor. Ein anderer schärfer, wilder: Lassen wir's darauf ankommen! Vergeblich sucht ein spasshaftes Wort die sonst dafür willigen Ohren... Dem einen malt die Müdigkeit Teilnahmslosigkeit ins Gesicht, dem andern der Ärger Mut.

Jetzt der Vorsitzende: Meine Herren, gehen wir zum Schlichtungsausschuß! — Ja, zur Halbierungswaschine! ruft es aus irgend einer Ecke. Dagegen ist nicht zu sagen. Der Schlichtungsausschuß muß vor dem „Lassen wir's darauf ankommen!“ angerufen werden.

Vor dem Schlichtungsausschuß wiederholt sich das Spiel. Unnötig vor diesen Herren, die wöchentlich etliche Male das Gleiche hören; nur der Name der Industrie, „die eben drau ist“, wechselt so 20- bis 30mal, bis alle für dieses Mal durch sind. Dann geht es von vorne wieder an. Vorne! Wer hat angefangen? Wer will aufhören? Wer glaubt es zu können? Wie vorher in den Tarifkommissionen jede Partei für sich, dann mit denen der in Betracht kommenden Berufsorganisation, dann in den Tarifkommissionen beider Parteien, so wird jetzt vor dem Schlichtungsausschuß jede Zahl für etwa 16 bis 20 verschiedene Altersklassen und jede Altersklasse wieder für die Gruppen Gelehrte, Angelernte, Ungelernte und Weibliche, oft auch noch für Ledige und Verheiratete besonders durchgenommen. Sollte es da wirklich kein besseres Verfahren geben?

Wieder wird stundenlang gefordert und abgewehrt, begründet und belämpft. Dann entläßt der Schlichtungsausschuß die Parteien, die Fußfester und die Obachtgeber und berät seinerseits auch noch stundenlang. Nun ringen die Parteibeisitzer im Schlichtungsausschuß um die Seele des unparteiischen Vorsitzenden und meist in früher Morgenstunde fällt der Spruch, der es allen recht machen möchte und es niemand recht macht.

Anschließend werden Danobilnahrungskommissar und Arbeitsministerium mit dem Spruch beschickigt. Er soll als verbindlich erklärt werden — während schon wieder die Forderungen für die nächsten 14 Tage an die Tore klopfen.

Unzählige, wahrhaftig besser verwendbare Arbeitsstunden werden vielen Menschen durch all diese endlosen Tarifverhandlungen geraubt.

Neben der geschilberten sinnlosen Zeitverschwendung unter der Schraubenwirkung haben noch weit wichtigere Punkte das bisherige Verfahren unhaltbar gemacht.

- 1. Das Operieren mit weit niedrigeren Verdiensthähen, als sie der Wirklichkeit entsprechen.
2. Die automatische Befeitigung der Akkordarbeit durch hohe Leuerungszulagen.
3. Die Gefahr der Befeitigung und Befeitigung des gelernten Arbeiters.

Zu 1. Nach dem zuletzt geltenden Dresdner Metallarbeiter-tarifvertrag betrug der „Mündelohn“ für einen gelernten, 25-jährigen Arbeiter 4,50 Mk., dazu 7,90 Mk. Leuerungszulage, dazu 0,90 Mk. Akkordzuschlag auf dem Papier, in Wirklichkeit durchschnittlich 2,10 Mk. Also 14,50 Mk. war die tatsächliche Akkordverdienstzahl; die Lese- und Spargeld klang oft nur 4,50 Mk.

Zu 2. Ein einfaches tatsächliches Beispiel, das die Unhaltbarkeit der Leuerungszulage beweist. Für einen Akkord gibt es 600 Mk. Der eine Arbeiter braucht 100 Stunden zur Erledigung, erhält also 600 Mk. Akkordpreis und 100 x 7,90 Mk. = 790 Mk., also gesamt 1390 Mk. Der andere Arbeiter braucht für dieselbe Arbeit 140 Stunden; er muß auch die 600 Mk. Stunden-Akkordpreis, aber dazu 140 x 7,90 Mk. Leuerungszulage erhalten, zusammen also 1706 Mk. Dieser erhält also dafür, daß er drei Wochen für die Arbeit braucht, die der andere in zwei Wochen macht, einen Sonderzuschlag von 316 Mk.; die Geschäftskosten und dergleichen gar nicht in Betracht gezogen. Eine große Ungerechtigkeit gegenüber dem, der besser will und besser kann.

Zu 3. Der Unterschied zwischen dem Tariflohn des gelernten 25-jährigen Akkordarbeiters und dem Tariflohn des ungelerten Arbeiters hat sich so entwickelt:

Table with 4 columns: Year, Ungelernter Lohn, Gelernter Lohn, Unterschied. Rows from July 1914 to März 1922.

Die Steigerung der Löhne für die Dresdner Metallindustrie betrug vom Juli 1914 bis März 1922 für gelernte Akkordarbeiter über 24 Jahre das 22fache, für ungelernete Lohnarbeiter das 34fache.

Die berufenen Vertreter der Arbeiter und Unternehmer der Dresdner Metallindustrie haben sich während der letzten drei Monate in vielen Sitzungen für ein gebiegenes Verfahren abgemüht; sie haben das bislang geltende Entlohnungssystem belächelt, untersucht, gemendet, gemogelt und geformt und es aus freier,

gegenseitiger Entschließung in etwas besseres gewandelt schließlich, vom 1. März 1922 ab, für etwa 50000 Arbeiter und Industrie zum Gesetz erhoben.

Das „Dresdner Tariffsystem“

stellt die Leistungsfähigkeit in die Mitte des Arbeitsvertrages. Sein Grundsatz lautet:

Die Akkordarbeit des gelernten, normalleistungsfähigen 24-jährigen Akkordarbeiters wird mit 100 v. H. bewertet. Zu zwingender Gemeinschaft mit diesen 100 v. H. für normale Akkordarbeit des gelernten Arbeiters sind die Hundertfache hochqualifizierte, für leistungsfähigere und für normale Stundenlöhner festgesetzt. Weiter die Hundertfache für Einstellungs- und Einrichtungslohn, und zwar immer für die verschiedenen Altersklassen und Leistungsgruppen.

Hier die Tabelle, wie sie übereinstimmend zwischen dem Verband der Metallindustriellen Dresdens und dem Metallarbeiter-Verband, Bezirk Dresden, beschloffen wurde.

Von dem Normallohn haben — Normalleistungen vorausgesetzt — zu beanspruchen:

Table with 5 columns: Category, Age, Hourly wage, Normal wage, Difference. Rows for Gelernte, Angelernte, Arbeiterinnen.

Die Prozentzahlen stehen in fest begrenztem Verhältnis zueinander. Veränderlich ist die Ausgangsziffer. Nur über sie alle braucht künftig noch verhandelt werden. Ist sie ausgeprochen, so sind damit gleichzeitig automatisch die Marktziffern der festgelegten Prozentzahlen auch ausgeprochen. Ein Schulkind von 11 Jahren vermag an Hand obiger Tabelle die Marktziffern ohne weiteres umzurechnen. Gegenwärtig beträgt die Ausgangsziffer für den Bezirk Dresden 16,25 Mk. und für Waagen, wo dieser Tabelle die gleiche Prozenttabelle vereinbart wurde, 16 Mk.

Unter Hunderten von Tarifverträgen fand ich keinen, der klar und übersichtlich und so für jetzt möglichst gerecht ausspricht. So viele Anteile gehören dir für das, was du leistest, so viele d und so viele dir.

Fortgesetzt sind damit der Kram und Wahn aller Leuerungszulagen, Extra- und Überextra-Überleuerungszulagen, ein richtiges Kalkulieren teilweise gar nicht, teilweise nur mit totaler Spielerei um Auswand von Arbeitskräften, Zeit und Geld möglich machen.

Wenn das „Dr. L.S.“ dazu beiträgt, Tausenden von Menschen Zeit, viel Zeit und Gesundheit bei Tarifverhandlungen und Schiedshofungen zu sparen; wenn es die Verhandlungen befähigt, wenn es klar sagt was ist; wenn es den Teilhabern und Öffentlichkeit leicht verständlich ist und wenn es durch seine praktische Anwendung und Auswirkung viele wertvolle Arbeitskräfte, Zeit und Geld spart, Kontrolle und richtige Kalkulation leicht ermöglicht — und all das tut es —, dann ist es ein wichtiger Stein zum wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Europas Arbeitslosencharen

Diese wurden für Ende Februar auf 5 Millionen geschätzt. Bittermächtig läßt sich die Zahl schwer feststellen, da die Statistik in den einzelnen Ländern mangelhaft sind und oft nur die Arbeitslosen verzeichnen, die eine staatliche Unterstützung empfangen. In Frankreich zum Beispiel werden nur 10- bis 15000 Unterstützte gemeldet, obwohl bekanntlich auch in diesem Land eine sehr ausgebreitete Arbeitslosigkeit besteht. Für eine Anzahl europäischer Länder haben wir aus verschiedenen Quellen folgende Zahlen der Arbeitslosen für das Ende des Jahres 1921 zusammengeestellt: England 1.800.000, Italien 512.000, Polen 173.000, Deutschland 150.000, Schweden 140.000, Belgien 100.000, Schweiz 90.000, Norwegen 81.000, Holland 20.000, Österreich und Tschechoslowakei je 16.000 Arbeitslose. Hieraus ergibt sich eine Zahl von über 3 Millionen. Tatsächlich ist aber die Zahl der Arbeitslosen viel größer, als in den Statistiken gemeldet wird. Beim noch die übrigen europäischen Staaten hinzurechnen und ferner in Betracht ziehen, daß im Jahre 1922 die Zahl der Arbeitslosen überall in demselben begriffen ist, ganz besonders aber auch in Deutschland der Tschechoslowakei und Österreich (Länder, die bisher verhältnismäßig von Arbeitslosigkeit verschont blieben), so dürfte die erwähnte Zahl von 3 Millionen völlig Arbeitslosen nicht zu hoch gegriffen sein. In dieser Ziffer ist aber die Zahl der Kurzarbeiter, selbst wenn sie eine Arbeitslosenunterstützung empfangen, nicht inbegriffen.

ein Gemisch von Benzol, Alkohol und Tetralin, und dieses zu einem Preise abzugeben, der nicht höher ist als derjenige des Benzols. Das Tetralin, das durch Anlagerung von Wasserstoff an Naphthalin erhalten wird, ist eine farblose Flüssigkeit von charakteristischem Geruch und siedet bei 205 Grad, während der Gefrierpunkt bei etwa 30 Grad liegt; es besitzt einen Heizwert von 11.600 Kalorien auf das Kilogramm und übertrifft somit jenen des Benzins noch um 500 Kalorien. Besser mißt es sich im Reifein von Benzol glatt mit Alkohol. Es bewahrt sich eine Mischung von 1 Teil Tetralin plus 1 Teil Benzol plus 1 Teil Alkohol. Eine kürzlich mit einem 14,35 PS-Motor „Mudi“, Jenitz-Bergafer) ausgeführte Versuchsfahrt ergab, daß nach Zurücklegung von 1125 Kilometern 135 Liter des obigen Gemisches, d. h. 12 Liter oder 10,6 Kilogramm pro 100 Kilometer verbraucht wurden, während derselbe Wagen mit Benzin von der Dichte 0,73 gewöhnlich 19,8 Liter oder 14,5 Kilogramm erfordert. Das neue Treibmittel ermöglicht es somit, bei einem Verbrauch von 100 Litern 333 Kilometer zurückzulegen, während 100 Liter Benzin bei dem gleichen Wagen nur für 505 Kilometer ausreicht.

Elektrischer Rauchgasprüfer

In den meisten industriellen Feuerungsanlagen finden sogenannt Rauchgasprüfer Verwendung, welche im wesentlichen den Gehalt des Abgases an Kohlenstoff bestimmen, denn letzterer zeigt an, ob die Verbrennung richtig vor sich geht. In beispielhafter Weise in einer Anlage der... (Text continues with technical details about the device and its application in industrial settings).

Was die Technik Neues bringt

Von Dr.-Ing. A. Rugg (Königsb. verb.)

Das Automobil in der Sahara

Seit viele Jahre, doch sich sichtlich von Alger bis nach an den... (Text discusses the challenges of driving automobiles in the harsh desert environment of the Sahara, including issues with fuel, engine cooling, and vehicle maintenance in extreme heat and sand.)

Überwindung des Betriebsstoffmangels für Explosionsmotoren

Der Explosionsmotor ist in den letzten Jahren von größter Bedeutung geworden und es läßt sich erwarten, daß sein Anwendungsbereich sich weiterhin ausdehnen wird. Es ergibt sich aus der Frage, ob möglich und genügend Treibmittel vorhanden sind, um eine erhebliche Leistungssteigerung zu bewirken. Das früher verwendete Benzin und Petroleum... (Text explores alternative fuel sources and engine modifications to overcome the scarcity of traditional fuels in industrial and military contexts.)

Der deutsche und französische Steuerzahler

In der französischen Kammer war kürzlich die Frage, ob der Bürger der alliierten Staaten unter einem größeren Steuerdruck stehe als der deutsche, Gegenstand lebhafter Aussprache. Und die französischen Zeitungen haben in der letzten Zeit wiederholt in mehr oder weniger umfangreichen Darstellungen versucht, zu zeigen, daß der deutsche Bürger tatsächlich weniger an Steuern zahle als der Franzose oder der Engländer.

In der Tat ist die Frage der steuerlichen Belastung in Deutschland und den alliierten Ländern von weittragender Bedeutung; rührt sie doch an den Kernpunkt des ganzen Reparationsproblems: die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Wesentlich soll nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Reparationskommission bei der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands darauf achten, daß das deutsche Steuersystem verhältnismäßig ebenso schwer ist wie das des stärksten belagerten Landes innerhalb der Reparationskommission.

Es sei uns nun die Behauptung und auch die Beweisführung gestattet, daß der Steuerdruck in keinem Lande so groß ist wie in Deutschland. Wir wollen uns nicht berufen auf das Urteil der Sachverständigen der alliierten Mächte auf der Versailler Konferenz im Jahre 1920, die erklärten, daß bereits die damaligen Sätze der direkten Steuern das Höchstmögliche erreicht und daß später sogar, wenn die Veranlagungsbehörden sich eingearbeitet hätten, im fiskalischen und wirtschaftlichen Interesse eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sei. Die deutsche Regierung hat trotz dieses Urteils und trotz der steigenden Geldentwertung, die an sich schon jähler gewirkt hat als neue Steuern, an einem starken Ausbau des gesamten Steuerwesens gearbeitet. Nur die Einkommensteuer wurde, um der auf den 25. Teil der Friedensmark gekulerten Kaufkraft der Mark etwas gerecht zu werden, für die unteren und mittleren Einkommen ermäßigt; eine Maßnahme, deren Berechtigung nunmehr auch im Ausland anerkannt wird.

Eine genaue und lückenlos vergleichende internationale Finanzstatistik ist bei dem Stande der amtlichen Statistik sämtlicher Länder noch ein Gegenstand des Wunsches; heute bei der völligen Verschiedenheit des Standes der Valuta, der inneren Kaufkraft des Geldes, der Vermögens- und Einkommensverteilung sowie der Lebenshaltung in den einzelnen Ländern mehr denn je. Trotzdem ist, wenn man von der inneren Kaufkraft des Geldes in den Vergleichsländern ausgeht, ein wenn auch nicht vollständiger, so doch durchaus stichhaltiger Vergleich möglich.

In Deutschland zählt ein unverheirateter Steuerpflichtiger bei einem Arbeitseinkommen von 30000 M 7,4 v. S. seines Einkommens an Einkommensteuer, während ein Einkommen gleicher innerer Kaufkraft in England und Frankreich steuerfrei ist. Bei einem Einkommen von 50000 M sind in Deutschland 8,4, in England 4,5 und in Frankreich nur 2,75 v. S., bei einem Einkommen von 100000 M in Deutschland 15,5, in England 10,5, in Frankreich gar nur 5,5 v. S. des Einkommens zu zahlen. Diese wenigen Ziffern reden eine so eindringliche Sprache, daß sie weiterer Worte nicht bedürfen. Das gleiche Bild ergibt sich bei einer Vergleichung der Belastung des Unternehmers. Ein unverheirateter Handel- und Gewerbetreibender, der ein Einkommen von 500000 M bezieht, muß in Deutschland an Einkommensteuer 32,1, bei einem entsprechenden Einkommen in England 24,9 und in Frankreich 17,4 v. S. des Einkommens entrichten. Ist der gleiche Steuerpflichtige verheiratet und Vater von zwei Kindern, so bleibt in Deutschland der Steuerfuß der gleiche, während er sich in England auf 22,8 und in Frankreich auf 15 v. S. ermäßigt. Nehmen wir zum Schluß noch einen unverheirateten Kapitalrentner mit einem Renteneinkommen von 50000 M. So hat dieser in Deutschland 18,5, in England 6, in Frankreich 10,7 v. S. seines Einkommens an den Staat abzugeben.

Man hat nun auf der Gegenseite den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß einzelne Verbrauchssteuern dort höher sind als bei uns, ohne zu bedenken, daß auch die sog. direkten Steuern, zum Beispiel die Einkommensteuer, letzten Endes die Person des Verbrauchers treffen. Und wenn man andrerseits, daß in den alliierten Ländern der Beitrag von Verbrauchssteuern auf den Kopf der Bevölkerung größer ist als bei uns, so vergißt man die einfache Tatsache, daß der auf den einzelnen entfallende Verbrauch in dem verarmten Deutschland bedeutend geringer ist als in den Ländern mit günstigeren Wirtschaftsverhältnissen. Die steuerliche Belastung in einem Lande kann im Grunde nur dann wirklich berechnet werden, wenn man zweifelsfrei feststellt, welches Einkommen der einzelne im Durchschnitt bezieht und was ihm nach Abzug der Steuern zum Leben verbleibt. Stellt man fest, was nach Abzug sämtlicher Steuern dem einzelnen im Durchschnitt zum Lebensunterhalt von seinem Staate gelassen wird, so ergibt sich bei Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes, daß dem Franzosen nach den Zahlen des Völkerverbandes fast das Doppelte, nach den Zahlen französischer Sachverständiger immerhin mehr als das Doppelte des dem Deutschen zur Verfügung stehenden Betrages verbleibt.

Ein Angriff auf das Wochenhilfegesetz

Der Allgemeine Verband deutscher Landkrankenkassen hatte in Eingaben u. a. auch das Reichsarbeitsministerium gebeten, darauf hinzuwirken, daß versicherte ausländische Wöchnerinnen die Leistungen der Wochenhilfe nicht erhalten. Zu diesem Antrage hat das Reichsarbeitsministerium in einem Bescheid vom 11. Januar d. J. wie folgt Stellung genommen:

In Verfolg des Schreibens vom 25. Juli v. J. wird mitgeteilt, daß gegen die dortige Anregung, versicherte ausländische Wöchnerinnen vom Bezuge der Wochenhilfe auszuschließen, von anderer Seite erhebliche Bedenken geltend gemacht worden sind, so namentlich vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, vom Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands und vom Reichsversicherungsamt. Außer dem Einwand, daß mit einer solchen Maßnahme

Reihe von Feuerungen dauernd zu beaufsichtigen. Der dem neuen Werkzeug zugrunde liegende Gedanke ist folgender: Schickt man durch einen in einer Hülse befindlichen Draht einen elektrischen Strom, so ist die Drahttemperatur abhängig von der Größe der Wärmeableitung durch das umgebende Gas; leitet dieses letztere die Wärme gut ab, so wird die Temperatur eine niedrige sein und umgekehrt. Die Drahtwärme ist demnach unmittelbar ein Maß für die verhältnismäßige Wärmeleitfähigkeit des in der Hülse befindlichen Gases. Nun besteht aber die Kohlenfäure ein um etwa 40 v. S. geringeres Wärmeleitvermögen als die übrigen in den Rauchgasen vorhandenen Bestandteile, wie der Stickstoff, Sauerstoff und das Kohlenoxyd, und es wird somit bei zunehmendem Kohlenfäuregehalt der Drahtwärmegrad in gleichmäßiger Weise steigen müssen. Die Messung dieses Wärmegrades erfolgt in ganz ähnlicher Weise wie bei den elektrischen Fernthermometern. Das die übrige Ausführung anlangt, so besteht der elektrische Rauchgasprüfer aus dem im Kesselhaus angeordneten Geber, einer von den Rauchgasen durchströmten Kammer, in der sich der Meßdraht einer Wehrhülle befindet, und dem an beliebiger Stelle befindlichen Anzeige- und Registriergerät. Ersteres ist in Hundertteilen Kohlenfäure geeicht, wobei sich eine genaue lineare Skala ergibt. Das Rauchgas wird von der Entnahmestelle unter Zwischenschaltung eines Kupfitters an den Geber herangesaugt.

Riefige Kerzenstärke eines Leuchtturms

Nimmt die Entwicklung im Luftfahrtwesen noch weiter zu und wächst die Geschwindigkeit der Flugzeuge, die sich heute schon 300 km in der Stunde nähert, noch fernerhin, so läßt sich die für die Ausführung von Nachtflügen erforderliche Sicherheit nur noch dadurch erzielen, daß man die Hauptverkehrsstraßen durch ähnliche Lichtzeichen und Leuchtfeuer kenntlich macht, wie sie bereits für die Schifffahrt zur Markierung der Riffen und Seehöhen Verwendung finden. Für die

Nachtschicht

Zehn Uhr. Die Streifen heulen.
Riefige schwarze turmhohe Säulen
Sind die Essen,
Die mit ihren dunklen Bändern,
Sternweiten messen.
Die Arbeit packt uns mit ihrem Gezahne,
Sie tragt uns nicht lange,
Sie verlacht unsere Träne —
Die Arbeit schreit:
Schaffen! Zeugen!
Ob wir wollen oder nicht —
Wir müssen uns beugen!

Und immer ist der Magen der Kesselteiler.
Wie die Feuer knattern.
Wie die Pumpen rattern!
Wie die Rohre bläsel!
Wie irrsinnig die Maschinen rasen!
Bruder — zu dieser Stunde
Macht der Weinkelch die Runde,
Bruder — kühlliche Weiber
Zeigen sich ihre nackten Leiber.
Bruder — für die hier schuffen
und knochten
Sind wir „andere Klasse“ mit
„anderen Rechten“?

Mitternacht. Ein Stück Werk ist vollbracht.
Bruder — die Schaufel ist zenterscherwer.

Früh um drei. Bruder — wir sind an der Kette:
Wir müssen den Kessel die Schlacken entziehen.
Und zwei neue Koste hinein! Man soll uns nicht nachlässig heißen.
Früh um vier. Wenn es doch erst sechs wäre!
Früh um fünf. Nun nimmt die Schicht die Schere:
Noch eine Stunde: dann sind wir frei.
Bruder — meine Glieder sind kaltes Blei!
Bruder — wenn ihm ist ein wildes Hämmern!
Bruder — mein Auge sieht buntes Flimmern!
Schwer atmen die Lungen!
War's ein Vulkan, der die lange Nacht hin im Ohr mir gelungen?
Bruder — mir zittern die alten Hände —
Schmerz — — — Bruder! für mich ist die Schicht zu Ende . . .

Früh um sechs trug man den Coten fort.
Wo sind die Gelese für diesen Mord?

Max Dorlu

ein wesentlicher Grundpfeiler der Reichsversicherungsordnung, nämlich der der Gleichberechtigung aller Versicherten, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, durchbrochen werden würde, wird namentlich auf die Schwere der Feststellung der Eigenschaft als Ausländerin hingewiesen. Es läßt sich auch nicht von vornherein übersehen, ob eine versicherte Ausländerin jemals Wochenhilfe in Anspruch nehmen wird. Die Leitungsbehörde, ohne die der Ausschluß von der Wochenhilfe eine Unbilligkeit bedeuten würde, müßte daher für alle Ausländerinnen durchgeführt werden. Es wäre aber unrichtig, von fremden Staatsangehörigen allgemein niedrigere Beiträge zu erheben als von deutschen Versicherten, da hierdurch die Einstellung von ausländischen Kräften begünstigt werden könnte. Weiterhin kann ich mich dem Gewicht dieser Bedenken nicht verschließen. Es erscheint mir auch sehr zweifelhaft, ob sich zurzeit eine Mehrheit im Reichstage für eine solche Ausnahmevorschrift finden würde. Immerhin soll die Frage für die bevorstehende Gesamtreform der Reichsversicherung im Auge behalten werden.

Soweit die Antwort des Arbeitsministeriums. Daß es der Verband deutscher Landkrankenkassen ist, welcher diesen reaktionären Vorstoß gegen das Wochenhilfegesetz unternimmt, ist nicht weiter verwunderlich. Ist doch die Sozialversicherung dem Junkerreichsmeiß stets ein Kreuz gewesen. Bei Einführung der Sozialversicherung stimmten die Sozialdemokraten und Konservativen dagegen; erstere aus dem Grunde, weil ihnen die Gesetzgebung nicht weit genug gingen, letztere, die heutigen Nationalisten, aus entgegengekehrten Gründen.

Zu dem Bescheide selbst sei folgendes bemerkt: Zweifelslos würde der Grundpfeiler der Gleichberechtigung aller Versicherten ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit durchbrochen werden. Dieses würde, wie der Bescheid des Ministers ganz treffend bemerkt, nur dazu führen, die Einstellung ausländischer Kräfte zu begünstigen, um Leistungen zu sparen. Eine weitere Folge der Verwirklichung des reaktionären Planes wäre, daß auch alle Frauen deutscher Staatsangehörigkeit, welche mit Ausländern verheiratet sind, der Familienwochenhilfe verlustig gehen, weil sie ja bei ihrer Verheiratung mit Ausländern die Staatsangehörigkeit des Mannes erwerben.

Die Wendung im Bescheide, daß es zweifelhaft sei, ob zurzeit im Reichstage eine Mehrheit für eine solche Ausnahmevorschrift finden würde, läßt tief blicken. Daß bei einer anderen Zusammenkunft des Reichstags das Reichsarbeitsministerium schon jetzt den Plan näher treten würde, darauf deutet schon die Schlussbemerkung im Bescheide, daß die Frage für die bevorstehende Gesamtreform der Reichsversicherung im Auge behalten werden soll, hin. Die sozialistischen Parteien werden bei der kommenden Reform der R.V.D. die Augen offen halten müssen, um Verschlechterungen abzuwehren und eine wahre Reform herbeizuführen.

Unorganisierte und Tarifvertrag

Das Arbeitsgericht in Kristiania fällte am 13. Februar ein Urteil, das auch für die deutschen Metallarbeiter beachtenswert ist. Es handelte sich um einen Streitfall auf der Wof-Werft. Das Mitteilungsblatt des Norwegischen Gewerkschaftsbundes bringt in seiner Nummer für Januar und Februar folgendes aus dem Urteil: „Die Arbeiter und Betriebe, die außerhalb der Organisationen stehen, die ein Tarifabkommen abgeschlossen haben, sind in keiner Beziehung an dieses gebunden. Es kann auch nicht angenommen werden, daß der Tarifvertrag in bezug auf die Rechte sie auf den gleichen Fuß hat stellen wollen wie die Mitglieder der betreffenden Organisationen. Jegdenn, welche Stille für eine andere Auffassung kann man auch nicht in den Bestimmungen der Schiedsgerichtsentscheidung finden, daß die Betriebe, die von diesen umfaßt werden, keinen Arbeiter unter schlechteren Bedingungen einstellen dürfen, als der Schiedspruch festsetzt hat. Man kann in diesen Bestimmungen nicht einen Ausdruck dafür sehen, daß der Schiedspruch auch die Sache der unorganisierten Arbeiter hat wahrnehmen wollen. Diese Bestimmungen haben ihre natürliche Erklärung darin, daß der Schiedspruch die Organisierten hat bagegen schützen wollen, daß sie von den Nichtorgani-

Zwecke der Marine reichen nun Lichtstrahlen von 30 bis 40 Millionen Ergen vollkommen aus, da wegen der Erdkrümmung die Reichweite eines Leuchtturms durch die bis jetzt erreichbare Höhe des letzteren begrenzt ist, mag die Lichtquelle auch noch so stark sein. Anders liegen die Verhältnisse bei der Luftfahrt. Der Flieger befindet sich in der Regel in einer Höhe von etwa 2500 m, durchsetzt die Luft mit einer mittleren Geschwindigkeit von 200 km die Stunde und hat allen Grund, die wichtigsten Verkehrsstraßen schon von möglichst großer Entfernung aus zu erkennen. Behrlich ist in dieser Beziehung ein kürzlich nahe Dijon auf einem Berge errichteter Leuchtturm für eine Lichtstärke von rund einer Milliarde Ergen, bei als Lichtzeichen für die hauptsächlichsten Flugstraßen Paris-Alger, Paris-Mittelmeer, Paris-Italien, Paris-Schweiz usw. dienen soll und nachts bei klarem Wetter noch auf 300 bis 400 km Entfernung vom Flieger zu erkennen ist. Die bisher in der Luftfahrt für die Verwegeneren benutzten Leuchtfeuer besaßen eine Reichweite von höchstens 100 km, und zwar kamen als Lichtquellen entweder eine größere Anzahl Zetterschichten oder elektrische Glühlampen zur Verwendung. In der neuen Anlage sind mächtige Bogenlampen für 120 Ampere bei 65 Volt vorgesehen, die sich im Brennpunkt der einzelnen Linsen von 0,5 m Brennweite befinden. Je vier dieser großen Linsen sind zu einer einzigen optischen Einheit zusammengefaßt, die ein mächtiges Bündel von Lichtstrahlen in den Raum hinaussendet, ähnlich wie bei den Leuchttürmen an der Meeresküste.

Drauchbarmachung ausgebrannter Glühlampen

Die Schwärzung der Glasbirne elektrischer Glühlampen hat ihren Grund darin, daß im Verlauf der Brenndauer von dem Glasfaden feinste Teilchen abgetrennt werden, die sich an der Innenwand des Glases ablagern; durch diesen Zerfall wird die Lichtstrahlung der Lampe

sterten ausstrahlt werden, die willig sein könnten, zu schlechteren Bedingungen zu arbeiten, als sie im Schiedspruch bestimmt sind.

Ebenfalls kann der Verband sich nicht auf § 20 des Schiedspruchs berufen, wonach die Parteien während der Vertragszeit vom Kampfe absehen sollen. Da der Schiedspruch für niemand anders die Friedenspflicht ausgesprochen hat, als für die Mitglieder der Verbände, die der Schiedspruch umfaßt, kann auch nicht angenommen werden, daß das Urteil den Vertrieben irgendeine Friedenspflicht gegen andere Arbeiter auferlegt habe als die, die Mitglieder des betreffenden Verbandes sind.

Das zurzeit kommunistisch geführte Kristianer Parteiblatt Social-Demokraten ersuchte den Kollegen Halvard Olsen, Vorsitzender des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes, um eine Äußerung zu dieser Entscheidung. Kollege Olsen antwortete: „Diese Entscheidung ist etwas überraschend. Wir sind nämlich stets der Auffassung gewesen, daß in einem Vertriebe, wo ein Vertrag abgeschlossen ist oder für den ein Schiedspruch besteht, alle Arbeiter des Betriebes dem Vertrage oder Schiedspruch unterstehen, einerlei, ob sie organisiert sind oder nicht.“ — Frage: Wie stellt sich die Sache aber, nachdem das Arbeitsgericht zu einem andern Ergebnis gekommen ist? — „Wir haben nichts gegen die Auslegung, die das Arbeitsgericht gegeben hat, indem sie unwillkürlich zu einer Stärkung der Organisation führen wird. Es ist ja schon früher sowohl von den Unternehmern wie deren Verbänden gefordert worden, daß, wenn man daranging, einen Vertrag abzuschließen, dies den Zweck haben sollte, im Vertriebe Arbeit und geordnete Verhältnisse zu schaffen. Nach dieser Schiedspruchauslegung müssen nunmehr die Unternehmer, wenn sie sich während der Vertragsdauer einigermaßen Frieden sichern wollen, immer darauf sehen, daß die Arbeiter im Vertriebe organisiert sind in dem Vertriebe, der als Vertragspartei gilt, und wenn sie neue Arbeiter einstellen, ebenfalls darauf sehen, daß diese Mitglieder des Verbandes werden, der den Vertrag abgeschlossen hat. Die Entscheidung geht nämlich davon aus, daß nichtorganisierte Arbeiter auch keine Friedenspflicht gegen den Vertriebe haben.“ — Frage: Die unorganisierten Arbeiter kommen auf diese Weise zu einer anderen Stellung als bisher? — „Ja, nach dieser Schiedspruchauslegung werden sie nicht mehr an den von den Organisationen durchgesetzten Arbeitsbedingungen schmarotzen können und in vertragsmäßiger Hinsicht auf der Arbeitsstelle vollständig rechtslos sein. Die Entscheidung wird infolgedessen die Wirkung haben, daß die Unorganisierten die Organisationen aufsuchen werden, um sich aufnehmen zu lassen.“

Soweit der Kollege Olsen. Uns erscheint diese Auslegung des Schiedspruchs doch etwas gewalttätig. Ferner gibt sie den Unternehmern das Recht, trotz allen Verträgen Unorganisierte als Lohnarbeiter zu benutzen. Dies wird durch die neuerdings in Deutschland beliebte Allgemeinverbindlichkeit der Verträge vermieiden.

Zum Streit in Mainz

Der Streit der Metallarbeiter von Mainz-Weisbaden, der in der letzten Februarwoche begann und über 11000 Teilnehmer zählte, ist am 18. März zu Ende gegangen. Wir haben einen vollständigen Erfolg errungen. Wir gehen geschloffen in die Betriebe zurück. Der Zustand wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Unternehmer etwas weniger Starrsinn gezeigt hätten. Doch die Herren wollten offenbar den Kampf. Sie haben ihn bekommen. Vielleicht haben sie nun eingesehen, daß etwas Einigkeit zur rechten Zeit recht nützlich ist.

Die Lohnregelung erstreckt sich rückwirkend auf den Monat Februar. Die fälligen Beträge für diese Zeit, soweit gearbeitet worden ist, werden nach bezahlt. Es ist unmöglich, die ein halb Tausend Ziffern der Lohnabgaben hier aufzuführen. Kurz sei nur das geänderte Verhältnis von der Altersstufe über 24 Jahre in der Klasse der gelernter Arbeiter angebeutet. Hier betrug am 1. Februar der Spitzenlohn ohne Abord und ohne Qualifikationszulage 10,60 M die Stunde. Er betrug am 16. März 13,85 M, am 1. April 14,60 M, am 16. April 17,30 M. Weiter haben die Metallarbeiter in dieser Klasse eine Gesamterhöhung am 16. März von 3,25 M, am 1. April von 4 M und bis zum 16. April von 5 M die Stunde gegenüber dem Lohn am 1. Februar. Als weiterer Beitrag kommt hinzu die um 30 S. erhöhte Qualifikationszulage. Weiter gilt eine Sonderzulage, jedoch nur für einzelne Berufsgruppen, in Höhe von 0—70 S. Die Klassen der ungelerten und der ungelerten Arbeiter stehen naturgemäß etwas ungünstiger als die gelernter Arbeiter. Soweit Abordarbeit in Frage kommt, erhöhen sich auch deren Sätze. Neu am Lohnstafel ist die Einigung der Gruppe der jugendlichen Arbeiter im Alter von 14 bis 17 Jahren.

Im letzten Abschnitt des Streiks, als die Verhandlungsergebnisse zur Abstimmung gebracht werden mußten, waren infolge der sprunghaft vorwärtstreibenden Forderung die Streitenden aus höchste Empörung. Klaves Abwägen über die Dinge ist in solcher Verfassung unheimlich erschwert. Diesen Zustand haben sofort hochtrabende und ebenso unberuhene Geister sich zunutze gemacht, um Wirrwarr unter den Streitenden zu erzeugen. Wie leicht unverantwortliche und ungenügsame Menschen in aufgeregter Zeit solches fertig zu bringen vermögen, ist vielerorts bekannt. Wenn eine Abstimmung stattgefunden hat, ist die Befehl für alle, auch für die unterlegene Minorität. Diesen alten demokratischen Grundsatz können manche vergessen zu haben, sofern sie ihn überhaupt kennen. Doch über die belagerten Begleiterscheinungen wird anderwärts noch geredet werden müssen.

Allgemeiner Schweizerbund

Der Vorstand dieser Gewerkschaft ersucht uns um Mitteilung des Folgenden:

Der Allgemeine Schweizerbund. Sich Leipzig, umfaßt alle in der Wirtschaftlichen und Viehzucht betriebe beschäftigten Verfassschweizer. Er steht auf freigerwerblicher Grundlage und ist dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Die Ansicht, daß wir nur eine Landmannschaft oder Vereinigung von Schweizerischen Landwirten sind, ist demnach falsch.

vermindert. Gleichzeitig schwächt sich auch infolge dieser Zerstückung der Fäden, bis er schließlich bei fortgesetzter Verengung an der dünnsten Stelle durchbrennt. Man hat nun verschiedentlich versucht, derartige Lampen durch Wiederherstellung aufs neue brauchbar zu machen, jedoch waren die Erfolge nicht bedeutend. Bei der Kohlenfadenlampe lag der Hauptgrund dafür wohl darin, daß die Preispanne zwischen einer neuen und einer wiederhergestellten Lampe zu klein war. Der Metallfadenlampe erwiesen sich die Verhältnisse in dieser Beziehung schon etwas günstiger, insbesondere während der Kriegszeit, als sich in verschiedenen Ländern Knappheit an den in Betracht kommenden Rohstoffen einstellte. In der neuesten Zeit bietet nun ein Verfahren zur Wiederherstellung ausgebrannter Lampen sicherlich gewisse Aussichten, denn die Kosten für Glas und Metallteile, ferner die Löhne, sind sehr gestiegen. Tatsächlich bestehen heute bereits Fabriken, die die Wiederherstellung der alten Lampen fabrikmäßig betreiben und die erneuerten Lampen weit unter dem Marktpreis der Originallampen abgeben, auch wohl eine bestimmte Brenndauer verbürgen. In allgemeinen Hingen besteht das Verfahren zur Wiederherstellung der Lampen darin, daß man die Spitze der Glasbirne absprengt und das hierdurch entstehende Loch in der Glasblase erweitert, die alten und gebrochenen Fäden entfernt, das Innere der Lampe reinigt, das eine Ende eines neuen Drahtes mit einem Stromableitungsbüchse durch eine kleine Spiralfeder verbindet, die den Fäden und den Zuleitungsdrähten zwischen ihren Bindungen festhält, dann den neuen Glühfaden mittels eines durch das Loch in die Birne eingeführten Werkzeuges um die Fäden herumwindet und schließlich das andere Ende des Drahtes an den zweiten Zuführungsdraht ebenfalls mittels einer kleinen Spiralfeder anschließt. Dann wird die Lampe ausgepumpt und eingeschlossen. Wiederhergestellte Lampen, die kürzlich einem elektrotechnischen Prüfstab übergeben wurden, zeigten eine Lebensdauer von 1200 bis 1500 Stunden und einen spezifischen Verbrauch von 1 bis 1,2 Watt.

Die Tagung des erweiterten Beirats

Vom 21. bis 23. März war der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart beisammen, um zu den Lohnkämpfen und zur Erhöhung der Unterstufungen und andern wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Noch ganz unter dem frischen Eindruck der dreitägigen Verhandlungen müssen wir gestehen, daß sie durchgehends auf jenseitiger Höhe standen und daß die Einsicht in die Notwendigkeiten der Stunde von Einheitsheit der Delegierten getragen war.

Verhandlungsbericht

Anwesend sind sämtliche Beiratsmitglieder, Bezirksleiter und Vorstandsmitglieder, Vertreter des Ausschusses und die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung. Die vorgelegte Tagesordnung lautet:

1. Situationsbericht, Lohnkämpfe.
2. Der kommende Gewerkschaftskongress.
3. Erhöhung der Unterstufungen und Beiträge.
4. Die Entwicklung im Eisenwirtschaftsbund.

Am ersten Punkt ging Kollege Dismann auf die Entwicklung der Weltwirtschaft und Weltmarkt ein, wie sie sich seit der letzten Beiratsitzung vollzogen hat. Damals schien eine gewisse Stabilisierung eingetreten zu sein. Die Beschäftigung ist auch heute noch eine gute, dies ist jedoch kein gebührender Grund, denn die günstige Arbeitslage Deutschlands ist lediglich auf der Entwertung der Mark aufzubauen. Wichtigen Herbst hat sich die Industrie noch stark mit Rohstoffen eingedeckt, durch die jetzige Inflationswertung wird die Beschaffung von Rohstoffen für die deutsche Industrie immer schwieriger; einzelne Firmen leiden bereits an Rohstoffmangel. Diese Umstände werden sich im Beschäftigungsgrad und in weiterer Auswirkung.

Die Annahme, daß durch die billigen Waren Deutschlands die Weltmärkte entlastet sei, wird vom Redner als vollständig falsch bezeichnet; durch die billigen und die Zwangslieferungen Deutschlands habe die Weltwirtschaft eine Verschärfung erfahren, aber die Hauptlast trage die kapitalistische Anarchie, das gesamte System der kapitalistischen Wirtschaft und die mit ihr verbundene Politik der Gewalt. Der Redner bespricht die Arbeitslosigkeit im Ausland und die ungeheure Belastungsprobe, die unsere ausländischen Bruderorganisationen auszuhalten haben. Der Internationale Metallarbeiterbund hat am 19. März in einer Sitzung in Frankfurt a. M. beschlossen, daß alle dem Bund angeschlossenen Organisationen einen halben Stundenlohn von jedem Mitglied bereitstellen, um damit den am meisten bedrängten Ländern zu Hilfe zu kommen.

Von der Konjunktur in Genue erwartet Redner keine Besserung, die als Sachwalter des Kapitalismus auftretenden Staatsmänner der Enterte sind noch nicht zur Erkenntnis gekommen, daß sie auf falschen Bahnen wandeln.

Durch die rasende Teuerung ist der Kampf in schwere Kämpfe verwickelt worden. Wir müssen uns in der Hauptsache darauf beschränken, Ausgleich für die Teuerung zu erreichen. Wir müssen jedoch unsern Blick stets auch über die Lohnkämpfe hinausrichten, die Ursachen der heutigen traurigen Zustände erkennen und den Wegen nachgehen, die die Arbeiterklasse aus diesem Elend herausbringen.

In der Wohnungs- und Lebensmittelpolitik müßte viel ernsthafter vorgegriffen werden. Auf keinem Gebiet bieten sich so günstige Chancen, die Preise der Rohstoffe niedrig zu halten wie in der Bauindustrie. Bei dem Lebensmittelpreis treibt die Preissteigerung ihre tollsten Blüten. Die Kosten trägt die Arbeiterklasse. Niemand tritt den Auswüchsen entgegen, die 10 Forderungen des ADGB finden keine Beachtung und die Macht der Arbeiterklasse selbst wurde leider nicht ausgenutzt, um einen ersten Druck für diese Forderungen auszuüben.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik müssen wir besonders das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die

Schlichtungsordnung

Rechnen. Schlers zu Fall zu bringen ist für die Gewerkschaften eine Lebensfrage. In der Fassung, wie sie jetzt an den Reichstag gelangen soll, bedeutet sie für die Gewerkschaften eine Festschlinge, aus der sie sich nicht mehr befreien können. Der ADGB muß der Regierung offener entgegenzutreten, diese muß auf Grund bleiben, wenn sie uns die Schlichtungsordnung in jetziger Fassung aufzwingen will.

Redner bespricht in weiteren längeren Ausführungen den Kampf in Oppenheim und in anderen Gebieten des Reiches, insbesondere auch den Kampf in Süddeutschland, der im Interesse der gesamten Kollegenchaft und der anderen Gewerkschaften aufgenommen werden müßte. Unsere Kampfergebnisse sind glücklicherweise derart, daß wir vor dem — uns aufgezwungenen — Kampfen nicht zurückzufahren brauchen und auch nicht die Befürchtung zu haben brauchen, den Kampf wegen Mangel an Mitteln abbrechen zu müssen. Wir sind uns auch klar darüber, daß wir mit einem längeren Kampf zu rechnen haben.

In weiteren Ausführungen kommt Redner auf die sozialen Fragen und die steigende Lohnstala zu sprechen. Beide Lehne ist noch wie vor ab. Die steigende Lohnstala ist im gegenwärtigen Zeitalter als Utopie zu bezeichnen, denn eine Lohnstala, wie wir sie brauchen, bekommen wir nicht. Es bleibt kein anderer Weg, als durch das Aufgebot eigener Kraft weiterzukommen.

Die durch die Teilung Oberschlesiens entstandenen Organisationsfragen der Gewerkschaften haben einen leidlich befriedigenden Abschluß gefunden. Wir können auch in dem jetzt politisch verändernden Teil Oberschlesiens organisatorische Beziehungen aufrecht halten. Verhandlungen mit dem Subindustriearbeiterverband in Solingen haben zurzeit dazu geführt, daß künftig bei gemeinsamen Fragen eine gemeinsame Behandlung erfolgt. Der Antrag des Feiger- und Maschinenverbandes auf Anerkennung einer 16. Industriegruppe für die elektrischen Strom erzeugende Industrie (diese gehört heute mit Recht zur Gesamtgruppe Fein- und Metallindustrie) ist vom Beirat der freigeberischen Betriebsräte mit 29 gegen 2 Stimmen

abgelehnt worden. Die Beziehungen mit dem Deutschen Eisenbahnerverband haben erneut eine Unterbrechung erfahren, d. h. sie wurden vom DEB abgebrochen, weil Lokalverwaltungen des DEB beim letzten Eisenbahnerstreik an ihre mitbeteiligten Mitglieder Streikunterstützung bezogt hätten. Auf die Dauer können wir uns eine solche Behandlung nicht gefallen lassen, der DEB handelt nicht, wie es den Interessen der Arbeiterschaft entspricht.

Ziska (Berlin) schildert den Gang der Differenzen, die in Berlin vorliegen. Die Unternehmer wollen durch eine Bevorzugung der qualifizierten Arbeiter einen Keil in die geschlossene Front der Arbeiter treiben. Internationale Unterstützung ist selbstverständlich. Gegen den DEB müssen wir in der Öffentlichkeit Stellung nehmen. Den Ausführungen Dismanns über die Wirtschaftspragen stimmt Redner vollständig zu.

Bernard (Frankfurt) gibt einen Überblick über die für den Frankfurter Bezirk in Aussicht stehenden ersten Verhandlungen, denen die gleichen Streitfragen zugrunde liegen, wie in Bayern und Württemberg.

Wolf (Essen) bespricht die Verhältnisse in seinem Bezirk. Einen Kampf auf breiter Basis, wie ihn die Kommunisten in allen Fällen propagieren, billigen wir nicht. Es gibt Kollegen, die noch nicht begriffen haben, daß Soziallöhne für die Arbeiter nachteilig sind. Im Vergleich wird in nächster Zeit eine schwierige Lage eintreten; ohne Kampf wird keine Lohnherbesserung durchzuführen sein.

Urich (Berlin) meint, wenn der ADGB in so schwere Kämpfe verwickelt ist, so muß auch beachtet werden, welche Unterstufungen der ADGB aufzuweisen hat, der wohl in den 10 Forderungen ein bestimmtes Programm aufstellt, aber nicht den Mut hat, dieses nun auch in der Praxis wirksam zu vertreten. Die Frage der sozialen Zulagen muß der Vorstand in Rundschreiben und Artikeln behandeln.

Köhler (Königsberg): Der Kampf in Ostpreußen ist auch für die angrenzenden Bezirke von großer Bedeutung. Es dreht sich um die Anerkennung der Organisation und um das Verbot der oipreussischen Metallindustriellen, mit uns Lärse abzuschließen. Redner bespricht die Bestrebungen großer Industrieller, Ostpreußen vom Reich loszulösen; dabei wäre die Befreiung von der „Frangsjacke“ der Organisation von Vorteil für die Unternehmer. Die Stimmung im Bezirk ist ausgezeichnet. Die Kollegen wissen, daß sie mit der Solidarität der Kollegen des Reiches rechnen können.

Schäfer (Stuttgart) geht ausführlich auf die Entstehung und den jetzigen Stand der Bewegung in Süddeutschland ein. Der Schlichtungsaußschuß Stuttgart hat in völlig einseitiger Weise dem Standpunkt der Unternehmer Rechnung getragen und die Arbeitszeit unter dem Vorwand des Lärse herausgerissen. Wir bestreiten dem Schlichtungsaußschuß und den Demobilisationskommissionen, die in gleicher Weise verfahren, das Recht, einen bestimmten Punkt der Kollektivverträge herauszugreifen. — Der Kollege Urich irt. Schuld ist nicht die Laune des ADGB, denn der Metallindustriellen draußt niemand den Rücken zu kehren. Der Hauptzweck ist doch, den Arbeitern die Lasten des Krieges aufzubürden. Wir konnten dem Kampf nicht ausweichen; wir konnten unseren Mitgliedern die Verschlechterungen nicht zumuten.

Riebe (Dresden) berichtet über den Stand der Bewegungen in Sachsen, die im allgemeinen günstig verlaufen sind.

Heide (München) macht nähere Darlegungen über die Bewegung in Bayern.

Schulenburg (Karlsruhe) und Schäfer (Stuttgart) berichten über die Bewegungen in Baden. Ersterer berichtet über das Gebären der Demobilisationskommission (siehe Frankfurt a. M.), gegen das der Vorstand ernstlich einschreiten muß.

Rösch (Frankfurt) behandelt die augenblickliche Lage in Frankfurt a. M. Von der Durchführung der 10 Punkte des ADGB sind wir weit entfernt, es scheint, daß manche Leute die Konsequenzen fürchten. Brandes (Stuttgart) nimmt auf eine Anfrage über die Bewegung im mittelhessischen Bergbau Bezug auf die Äußerungen, die ihm — vermutlich aus politischen Gründen — in dem Mund gelegt werden. Er habe lediglich davon gewarnt, daß wegen den Unorganisierten im Ruhrgebiet die Bergarbeiter in Mitteldeutschland streiken sollen, damit würde ein Weg bezogen werden, der allen gewerkschaftlichen Grundfragen widerspricht. Der ADGB muß endlich den leitenden politischen und wirtschaftlichen Stellen zu erkennen geben, daß es so nicht weiter geht. Die Durchführung der 10 Punkte müsse ernsthaft in Angriff genommen werden.

Zoff (Stuttgart) bespricht die von Urich angeführte Frage der Genehmigung von Eingeweihten in Berlin. Die Bestimmungen des Statuts müssen eingehalten werden. Das gilt auch für Berlin.

Wall (Saalfeld) weist auf das Interesse anderer Bezirke hin, das mit der Abwehrbewegung in Süddeutschland und dessen erfolgreichem Ausgang zusammenhängt.

Schejter (Berlin) gibt Erfahrungen mit dem Arbeitsministerium bekannt.

Rummer (Stuttgart) wendet sich gegen die Kritik an einem Artikel der M-Z. Die Furcht vor Kritik darf die Zeitung nicht abhalten, eine bestimmte Stellung einzunehmen; der Aufsatz wurde im Interesse gerade der in Frage stehenden Arbeiterschaft geschrieben. Redner spricht für die steigende Lohnstala und wünscht schließlich eine bessere Berichterstattung bei Lohnbewegungen.

Frank (Stettin): In unserem Bezirk versuchen die Unternehmer und die Schlichtungsaußschüsse Verschleppungsmanöver.

Dismann (Stuttgart) geht im Schlußwort auf die Wünsche und Anforderungen der einzelnen Redner ein. Der Vorstand drängt nicht. Wir treffen unsere taktischen Maßnahmen, wie es im Interesse der Kollegen geboten erscheint. Der Kampf in Süddeutschland, der eine breite Basis angenommen hat, ist eine Belastungsprobe. Wir werden sie bestehen. Der eine sich unbedingte und einem späteren Schiedspruch voranzutreibende Festlegung bezogt, wie sie der Demobilisationskommission in Frankfurt. Bezirk künftig beliebt, kann für uns als Unparteiischer nicht mehr in Frage kommen.

Nun zu den 10 Forderungen des ADGB, die heute von einigen Rednern in direkter Beziehung mit unseren gegenwärtigen Lohnkämpfen gestellt wurden. Das ist falsch. Man muß unterscheiden zwischen dem gewerkschaftlichen Tageskampf, den wir als einzelne Organisation zu führen haben, und den allgemeinen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Kämpfen, die von der Gesamtheit zu tragen sind. Der ADGB und der Afa-Vorstand, die jene 10 Forderungen aufstellten, waren auch dazu berufen, die Forderung bei der Durchführung dieser durchaus berechtigten Forderungen in die Hand zu nehmen. Wenn gemeint wurde, daß auch durch einen Generalstreik nicht alle Forderungen durchzuführen seien, so muß doch gesagt werden, daß zwischen dem Ultimatum alles und andererseits einem Nichts ein großer Zwischenraum vorhanden ist. Ohne ernsthaften Einsatz der zusammengefaßten gewerkschaftlichen Kräfte wird allerdings auch nicht ein Bruchteil der 10 Forderungen verwirklicht. Den bürgerlichen Parteien, unserer Klassenfeindern, ist nur durch eine geschlossene proletarische Kampffront beizukommen. Und weil die sozialistischen Parteien noch zerfallen sind, hatten ADGB und Afa die doppelte Pflicht, in Erfüllung einer historischen Mission das gewerkschaftlich organisierte Proletariat mit den drei sozialistischen Parteien auf die gemeinsame Kampfplattform der 10 Forderungen, die auch heute noch eine zwingende Notwendigkeit darstellen, zusammenzuführen. Das wäre gleichzeitig ein bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege zur Einigung des Proletariats.

Soziallöhne können nur den menschlichen Egoismus reizen und die Grundlöhne halten. Die Ledigen können sich keine Grundlöhne für einen Haushalt schaffen und bei einer Krise wird kein Verheiratemehr Arbeit finden. Wir müssen uns entschieden gegen Soziallöhne wehren. Eine steigende Lohnstala steht im Widerspruch mit den Grundlöhnen des gewerkschaftlichen Kampfes überhaupt. Schließlich kämpfen wir nicht nur gegen eine weitere Senkung des Reallohnes, sondern um dessen Verbesserung. Letzteres wird im besonderen im Vordergrund stehen, wenn wir einmal wieder eine rückläufige Kurve der Teuerung bekommen.

Reichel (Stuttgart) sagt im Schlußwort, der Kampf in Süddeutschland findet die Billigung des erweiterten Beirats. In den Bezirken wird entsprechend gehandelt, um den Kampf siegreich durchzuführen zu können. Einmütig und geschlossen stehen die Metallarbeiter von ganz Deutschland hinter ihren süddeutschen Kollegen.

Die Hilfeleistung für unsere ausländischen Kollegen findet gleichfalls einmütige Billigung des Beirats. Es werden zunächst 8 Millionen Mark bereitgestellt; die deutschen Kollegen werden ferner jede denkbare moralische Unterstützung geben. Das eine entscheidende Zurückverweisung von Streikarbeit erfolgt, sofern solche irgendwas veranlaßt werden sollte, ist eine Selbstverständlichkeit.

Wir hoffen und wünschen, daß unsere ausländischen Kollegen ihre Kämpfe zu einem erfolgreichen Ende führen.

Über den Gewerkschaftskongress spricht Kollege Reichel (Stuttgart). Die hohe Bedeutung des Leipziger Gewerkschaftskongresses geht schon aus seiner Tagesordnung hervor, die Punkte enthält von tief einschneidender Bedeutung für das öffentliche Leben. Früher wurden die Gewerkschaften als „Streikvereine“ bezeichnet. Darüber sind sie längst hinausgewachsen. Ihre Wirken hat weit in das allgemeine öffentliche Leben eingegriffen. Daher steht auch mit Zug und Recht das zukünftige Arbeitsrecht für Deutschland auf der Tagesordnung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kongress auch Stellung zu den allgemeinen Wirtschaftsfragen und zu der Verteilung der Lasten nehmen muß, die uns infolge des Krieges aufgebürdet worden sind und werden. Ferner müssen wir uns auf die Neugestaltung des Gesellschaftsrechts einstellen. Der ADGB muß in diesem Punkte seine Forderungen auf dem Kongress durchzusetzen suchen.

Die Fragen der Wirtschaft und der Steuergebung sind so verwickelt, daß sie nicht mit den zehn Forderungen allein erledigt werden können. Die Gewerkschaften werden ihren ganzen Einfluß auf die Regierung und die Parlamente ausüben müssen, um eine befriedigende Lösung aller Fragen zu erzielen, die die Arbeiterschaft betreffen.

In unserer jetzigen Wirtschaft ist das Erziehungswesen auf den Egoismus des Einzelnen eingestellt und nicht nach sozialen Grundfragen.

Die Neugestaltung unserer Wirtschaft ist abhängig vom Sozialgesetz. Wenn wir die kommenden Träger der Wirtschaft nicht sozial erziehen, werden alle unsere anderen Bemühungen vergeblich sein. Redner kommt im besonderen auf die 10 Forderungen des ADGB zu sprechen, die nicht ohne Fühlung mit dem Ausschuh des ADGB hätten in die Öffentlichkeit gehen dürfen. Die Problemstellung ist falsch. Die komplizierten Steuer-, Wirtschafts- und Reparationsfragen können nicht durch Demonstrationen und durch den Generalstreik ergründigt geregelt werden. Wir müssen uns in dieser Zeit der Wahrung und Umgestaltung auf allen Gebieten halten, Diskussionen zu erweiden, die auf Grund unserer Macht nicht erfüllbar sind.

Der Gewerkschaftskongress wird Stellung nehmen müssen zu den verschiedenen sozialen Gesetzen und wird dabei die Gesichtspunkte besonders ins Auge fassen müssen, die jetzt der Entwicklung der Gewerkschaften geminnlich bringen.

Eine weitere wichtige Sache des Kongresses muß die Neugestaltung des Organisationsrechts

der deutschen Gewerkschaften sein. Wenn diese die Träger der neuen kommenden Wirtschaft sein sollen, dann müssen sie sich der Entwicklung anpassen. Die Konzentration des Kapitals schreitet mit Riesenschritten voran; die kleinen Betriebe verschwinden in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, und dieser Entwicklung müssen die Gewerkschaften folgen. Sie ist zwingend und liegt nicht mehr in unserem Bewußtsein, sondern wir werden dazu gedrängt. Die Erkenntnis der Notwendigkeit der Neugestaltung der Organisationen ist jedoch nicht überall vorhanden, im Gegenteil, es sind Zeichen der Rückläufigkeit zu sehen. In der praktischen Umgestaltung der Industrieverbände ist so gut wie nichts geschehen, von wenigen Verbänden abgesehen, die aus

Aus der Praxis

Behandlung von Werkzeugmaschinen

Es wird bei der Behandlung von Werkzeugmaschinen nach viel geäußert und soll hiermit auf eine bessere Behandlung hingewiesen werden. Bei dem Aufstellen der Maschinen achtet man besonders darauf, daß die Werten nach der Wasserwaage gerichtet werden. Bei dem Ausrichten der einzelnen Teile soll großer Wert auf das Einrichten von Schenkel und nach einem aufeinander alten Öl gelegt werden. Nach jeder man gleich diese Teile durch Einhängen von Wasserwaagen prüfen, — bei einem Umlege wichtigeren Reaktionen zu haben. Die Reizen müssen bei Einzelteilen circa 10 mm und bei Einzelteilen circa 5 mm höher sein, als die Scheibe breit ist. Vor allen Dingen dürfen die Reizen nicht zu knapp sein, sonst können sich die Lager heiß laufen. Das Hauptgewicht ist auf das Einhalten der Ölhöhe zu legen, damit jeweils ein wirksames Öl vorhanden sein kann. Nach dem ersten Öl müssen die Maschinen leer laufen, damit bei höherer Geschwindigkeit die Lager auf Spielplanen geprüft werden können. Weiterhin dabei einzelne Lager kalt, so ist dieses ein Zeichen, daß die Lager zuviel Spiel haben. Wichtig ist, wenn die Lager bei diesen Reizen eine bestimmte Wärme erreichen. Je höherer Temperatur werden noch, daß Schweißpunkt- und Verschleißpunkt an bei Einhalten der Maschine zu erfolgen haben, momentlich bei geschlossenen Räumen. Nach sollte aufpassen, die Maschinenstücke als ein Abstreifen für Schweiß und Arbeitstücke zu benutzen, vor allen Dingen nach dem Ausrichten auf diesen Punkten im allgemeinen unterlassen. Überhaupt muß jede reise Gewalt an Werkzeugmaschinen vermeiden werden, weil sonst ein genaues, gutes Arbeiten an diesen Maschinen sehr beeinträchtigt wird. Ist ein Schläger nicht zu vermeiden, dann nehme man einen Holz- oder Metallhammer, insbesondere

alle Metallstücke bedeutet lange Lebensdauer der Werkzeugmaschinen. Auch soll der Kontakt mit den sogenannten Reinigungsständen nicht pausen, denn das diese Spalten am verletzten Ende. Die Späne sollen nicht durch Preßluft entfernt werden, sondern mit Wasser und Seife sowie Lappen. Bei Handhabung von Preßluft setzen sich die feinen Spanteilchen in den Rippen fest, was verdrückt werden muß. Es geht wohl schneller, doch bringt mehr Schaden, als wenn die Reinigung mit Wasser und Lappen vorgenommen wird. Vor dem Aufhängen von Vorrichtungen sind diese und die Wand zu reinigen, dann kann auch eine genaue Arbeit erzielt werden. Höherer einmal mindestens müssen die Werkzeugmaschinen mit Petroleum gereinigt werden, aber gründlich. Rostflecken dürfen niemals entstehen. Nur so kann die jetzt so teure Werkzeugmaschine erhalten und jahrelang zu den gewöhnlichen Arbeiten benutzt werden.

Wagradfräsmaschine für Hochleistung

Die Maschine ist als Reichtsmaschine angefertigt, das heißt die Fräspindel läuft rechts herum und främlische Reichtsmaschinelemente der Maschine befinden sich auf der rechten Seite. Der Antrieb erfolgt durch eine Kurbelscheibe, die in eine Frähtonenabteilung eingebaut ist; dadurch kommt ein Drehmoment in der Frähtonen, ferner läßt sich dadurch direkter elektrischer Antrieb leicht anordnen. Der Geschwindigkeitswechsel für die Fräspindel sowohl als auch für den Vorwand wird durch zwei analoge Schiebegruppen am Schenkel und Schwingarm, die von der gemeinsamen Haupttriebelle angetrieben werden, vermittelt, und zwar damit, daß sich mit je 10 Werten 18 verschiedene, geometrisch abgestufte Spindel- bzw. Vorwandgeschwindigkeiten erzielen lassen. Dadurch ist die Regelmäßigkeit geschaffener, Scherarbeiten bis zur höchsten Grenze auszunutzen. Das Schneiden der Vorwandgeschwindigkeiten kann während des Ganges der Maschine erfolgen, während

die Spindelgeschwindigkeiten nur bei Stillstand oder beim Auslaufen der Maschine geschaltet werden dürfen. Der Vorwand ist unfeinbar und erfolgt nach drei Richtungen selbsttätig. Die Endstellungen der Schlitzen sind durch Sicherheitsanschläge begrenzt, wodurch ein Anrennen ausgeschlossen ist. Für die Selbstgänge sind Momentanrückstellungen vorgegeben, die selbst bei schweren Schnittten eine präzise Auslösung gewähren. Das Konkol ist kastenförmig gebaut und oben vollständig geschlossen. Ein Verpannen ist daher unmöglich. Der Tisch wird durch eine als Schmedemas ausgebildete Mutter angetrieben, die sich auf der fest in den Tisch eingebauten Gewindebohrung dreht. Durch diese Anordnung wird die Lastkonzentration in der Spindel wesentlich verringert, außerdem kommt ein Nutzen der Gewindebohrung in Formall Eingebaute Angellager ermöglichen ein spielendes leichtes Verstellen des Tisches. Die Fräsdornbefestigung bewirkt eine durch die Spindel gehende Anzugschraube, ein Mittelnormierung verhindert das Verdrängen des Dornes im Konus. Mittels einer auf dem Dorn sitzenden Abdrückmutter kann der Dorn wieder gelöst werden. Auf diese Weise wird jedwedes Schlagen vermieden und die Grundlage für rundlaufende Werkzeuge geschaffen. Die Fräspumpe und das Kühlwasser sind in das Gestell eingebaut. Ein besonderes Klarbassin verhindert, daß Schmutz und Späne der Pumpe zugeführt werden. Der Antrieb erfolgt vermittels eines Schieberades von der Hauptantriebswelle aus.

Verbrannte Werkzeuge

Im verbrannten Zustand wieder in gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen, schlägt „American-Machinist“ ein sehr einfaches Verfahren vor, bei dem weder Chemikalien noch Scheinmittel notwendig sind. Nach seiner Angabe wird das verbrannte Stück wieder erhitzt und zwar bis zur bunten Rotglut, die bei 600° C. eintritt, und danach in kochendem Leinöl getaucht. Durch dieses einfache Verfahren soll sich manches gute Kohlenstahlwerkzeug retten lassen.

eigener Kraft ihre Form anberthen. Sollen wir uns auf unsere eigenen Bedürfnisse beschränken oder das Problem in seiner ganzen Tragweite aufrollen? Redner ist für das letztere. Wir müssen entscheiden unseren Standpunkt darlegen. Fordern müssen wir, daß die deutschen Gewerkschaften ähnlich geliebert werden, wie das auf dem Betriebsrätekongreß für die deutsche Industrie gesehen ist. Die dort geschaffene Einteilung hat sich durchaus bewährt. Es ist nicht einzusehen, warum wir in der Gestaltung des Organisationsrechts nicht den gleichen Weg gehen sollen.

Redner bespricht im einzelnen den jetzigen schwerfälligen Apparat der Gewerkschaften und die Hemmnisse, die dadurch entstehen. An diesen Schäden unseres Gewerkschaftslebens dürfen wir nicht achtlos vorbeigehen. Die kleinen Organisationen werden unseren Anträgen nicht zustimmen; aber das höhere Ziel muß auch für sie ausgleichend werden, und dieses ist: die Kräfte der Arbeiter erfolgreich zusammenzufassen. Redner schlägt folgende Entschiedenheit zur Annahme vor:

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zeigt eine zunehmende Konzentration des Kapitals, verbunden mit einer weiteren Stärkung der Macht des Unternehmertums. Andererseits sind die Gewerkschaften in steigendem Maße gezwungen, über den Rahmen der laufenden Lohn- und Arbeitskämpfe hinaus die Behandlung wirtschaftlicher Fragen in Angriff zu nehmen.

Die Erfüllung der sich hieraus ergebenden neuen Aufgaben der Gewerkschaften ist nur unter Beseitigung der heute noch vorhandenen Zersplitterung der freien Gewerkschaften in mehr als 50 einzelnen Organisationen möglich. Demgemäß ist die Zusammenfassung der heutigen Berufsorganisationen zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden, so u. a. für den Bergbau, Gütten- und Metallindustrie, graphischen Gewerbe, Baugewerbe, Holzindustrie, Bekleidungsindustrie, Verkehr usw. notwendig. Die Grundlage dieser Zusammenfassung ist in der Industriegruppenstellung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte gegeben. Gemäß dieser grundsätzlichen Auffassung über die Gestaltung der Organisationsform der deutschen Gewerkschaften sind die §§ 4 bis 8 der gegenwärtig geltenden Satzungen des DGB, die die organisatorische Gliederung der freien Gewerkschaften behandeln, entsprechend zu ändern und dahingehende Entwürfe vom Vorstand des DGB an den 11. Gewerkschaftskongreß in Leipzig einzubringen.

Vrandes (Stuttgart): Der DGB sollte eine Kommission ein, die gemeinsam Regeln für Einteilung, Führung und Unterstützung von Streiks aufgestellt hat. Daneben besteht eine Kommission, die den Industrieverbänden eine andere Grundlage geben soll. Die erwähnte Kommission hat in einer Reihe von Sitzungen Richtlinien geschaffen, die nach Annahme durch den Bundesausschuß dem Gewerkschaftskongreß für die Aufnahme in die Bundesstatuten vorgelegt werden sollen. Sie sind derart, daß wir ihnen nicht zustimmen können, sofern nicht ganz wesentliche Änderungen getroffen werden. Die Richtlinien liegen dem Rat vor und werden vom Redner im einzelnen durchgesprochen. Bei Betrachtung des Inhalts der Regeln kommt er zu der Annahme, daß der DGB sich nicht zu einer grundsätzlichen Reform des Organisationswesens entschließen kann; denn wäre das der Fall, dann müßten die Richtlinien anders aussehen. Im Bundesausschuß wird sich Gelegenheit bieten, weiter darüber zu reden.

Von den Rednern wird scharfe Kritik an den vorgelegten Regeln für die Führung und Unterstützung von Streiks geübt; dieselben werden als unannehmbar und auch als praktisch undurchführbar erklärt. Durch einzelne Bestimmungen werden die Verbandsorgane ausgeschaltet, durch andere Bestimmungen wird die Verzweigungsstruktur einzelner kleiner Gewerkschaften gefährdet.

In seinem Schlußwort stellt der Kollege Reichel (Stuttgart) fest, daß zu seinen Äußerungen und Ausführungen keine Einwendungen erhoben wurden und daß sich der erweiterte Rat einstimmig auf die Anschauungen des Vorstandes stellt, nach welchen wir in der Frage des Organisationsrechts entscheidender auftreten müssen, als dies bisher geschehen ist. Wenn der Kongreß nicht den von uns gewünschten Verlauf nimmt, müssen wir die Angelegenheit erneut im Rat behandeln.

Vrandes (Stuttgart) bemerkt, daß der DGB ein Interesse an der Vorlage eines Entwurfs über gemeinsame Unterstützungsregeln hat, der annehmbar ist. Auf keinen Fall wird man über die Ansichten des DGB hinweggehen können.

Dihmann (Stuttgart) gibt noch einige Einzelheiten bekannt über die Kommission zur Schaffung von Industrieverbänden und ihre seitliche Tätigkeit. Es besteht nicht viel Hoffnung, daß diese Kommission unseren Wünschen entsprechende konkrete Vorschläge dem Kongreß unterbreiten wird.

Die zum Gewerkschaftskongreß vorgelegte Resolution wird einstimmig angenommen.

Erhöhung der Unterstützungen und der Beiträge.

Die Frage der Erhöhung der Unterstützungen und der damit verknüpften Erhöhung der Beiträge wird von

Schäfer (Stuttgart) behandelt, der in großen Zügen ein Bild über die Entwertung des Geldes entwirft, die unweigerlich eine Erhöhung der Unterstützungen, besonders der Streikunterstützung, notwendig macht. Vom Vorstand liegt eine Vorlage über die Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen vor. Redner ist der Ansicht, daß diese Vorlage niemand übertrifft. Schon die letzte Erhöhung mußte, bevor sie in Kraft trat, als ungenügend bezeichnet werden. Die Geldentwertung ist schneller fortgeschritten, als man dachte. Der Vorstand glaubt, daß die neue Erhöhung alleseitigem Verständnis der Mitglieder begegnen wird. Für die 1. Beitragklasse bleibt der jetzige Vorschlag unter Zurechnung der Sozialbeiträge noch unter einem Stundenlohn als Beitrag. Ein Stundenlohn würde früher allgemein als Normalbeitrag betrachtet. Die Streikunterstützung soll für die 1. Klasse um 90 M die Woche erhöht werden. Für die 2. Beitragklasse soll der bisherige Beitrag der 1. Klasse und die seitlichen Unterstützungen der 1. Klasse gelten. Auch für die 3. Klasse wurde eine Erhöhung vorgenommen, so daß in dieser künftig ein Wochenbeitrag von 2 M zu zahlen ist. Besonders schlecht entlohnte Mitglieder dieser Klasse können durch den Beschluß der Jenaer Generalversammlung in die 4. Klasse eintreten. Die Unterstützungen sind auch für die Nichtbezugsberechtigten

wesentlich erhöht worden. Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung soll einen Ausgleich für den höheren Beitrag darstellen.

Die Beitragserhöhung soll von der 19. Woche an in Wirksamkeit treten. Die erhöhten Unterstützungen sollen von der 23. Woche an zur Auszahlung kommen. Früher war für die erhöhten Unterstützungen eine Karenzzeit von einem Jahr vorgesehen. Diese kann natürlich unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr eingehalten werden.

Dihmann (Stuttgart) verweist auf den Wortlaut des Antrags, der dem Rat das Recht gibt, bei einer eintretenden weiteren Zunahme der Leistung, die eine weitere Entwertung des Geldes zur Folge hat, gemäß der Selbstentwertung eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen. Der erweiterte Rat hat nicht das Recht, in allen Fällen eine Beitragserhöhung vorzunehmen. Ein solches Recht hat nur die Generalversammlung; aber er kann dies tun unter bestimmten Voraussetzungen, und diese sind zurecht mehr als je gegeben. Die Ursachen, die eine Beitragserhöhung und eine Erhöhung der Unterstützungen zur Notwendigkeit machen, sind heute zwingender als jeherzeit in Jena, wo der diesbezügliche Beschluß gefaßt wurde.

In der Aussprache wird von einer Reihe von Beitragsmitgliedern die Vorlage des Vorstandes als nicht weitgehend genug bezeichnet und es werden eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die eine Erhöhung der Beiträge über den vom Vorstand vorgeschlagenen Sach hinaus zum Ziele haben. Nur für die höchsten Bezirke werden von Franke (Stettin) Schwierigkeiten befürchtet. Diese seien schon bei der letzten Beitragserhöhung eingetreten. Die Tariflöhne in diesen Bezirken sind weit niedriger als im übrigen Deutschland. — Einige Redner verlangen eine Beratung über die Einführung von Staffelbeiträgen.

Dihmann (Stuttgart): Der erweiterte Rat ist nicht berechtigt, an den Grundlagen des Statuts etwas zu ändern, die von der letzten Generalversammlung beschlossen wurden. Die jetzigen Beitragsklassen müssen wir daher belassen; wir können nur im Rahmen der bestehenden Beitragsklassen einen Ausgleich schaffen.

Schäfer (Stuttgart) betont in seinem Schlußwort gleichfalls, daß wir uns an die Beschlüsse der letzten Generalversammlung halten müssen und kein Recht zu grundsätzlichen Änderungen haben. Wenn in weiten Kreisen die Ansicht besteht, daß Staffelbeiträge notwendig sind, dann können solche nur durch eine Generalversammlung zur Einführung gelangen. Heute befinden wir uns in einer Zwangslage; wir müssen einen Beschluß fassen, der den Interessen des Verbandes entspricht. Um den Wünschen der Kollegen entgegenzukommen, die weit höhere Beiträge gefordert haben, hat der Vorstand seine Vorlage wie folgt abgeändert:

Erhöhung der Streikunterstützung.

- 1. Klasse: Um 90 M die Woche, so daß die Streikunterstützung wöchentlich 240 M beträgt.
2. Klasse: Die bisherige 1. Klasse wird 2. Klasse; die Unterstützung für sämtliche Unterstützungsbezüge in der bisherigen 1. Klasse gelten unverändert für die nunmehrige 2. Klasse.
3. Klasse: Erhöhung der Streikunterstützung um wöchentlich 15 M, so daß die Streikunterstützung pro Woche 60 M beträgt.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in der 1. Klasse um 6 M die Woche.

Die Erwerbslosenunterstützung der 3. Klasse wird um 2 M die Woche erhöht.

Table with 2 columns: Klasse and Betrag. 1. Klasse: Bisher 12 M, wöchentlich 72 M. In Zukunft 18 M, 108 M. 2. Klasse: Bisher 9 M, 54 M. In Zukunft 12 M, 72 M. 3. Klasse: Bisher 8 M, 48 M. In Zukunft 8 M, 48 M.

Reisegeld wird den Tag um 1 M erhöht.

Beitragserhöhung.

- 1. Klasse: Beitrag bisher 7 M die Woche. Erhöhung um 4 M, künftiger Wochenbeitrag 11 M.
2. Klasse: Beitrag bisher 4 M die Woche. Erhöhung um 3 M, künftiger Wochenbeitrag 7 M.
3. Klasse: Beitrag bisher 1 M die Woche. Erhöhung um 1 M, künftiger Wochenbeitrag 2 M.

Anteil der Soloklasse.

In der 1. Klasse 1,50 M. 2. wie früher in der 1. Klasse 1 M. 3. wie früher.

Dieser Vorlage stimmt der Rat einstimmig zu. Ebenso einstimmig ist der Rat der Ansicht, daß keine Kräftigung über die Beitragserhöhung vorgenommen werden soll. Die eingegangenen Anträge, eine Staffelform der Beiträge in Erwägung zu ziehen und eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um die Einführung von Staffelbeiträgen zu beschließen, werden dem Vorstand zur Nachprüfung überwiesen.

Der Versammlungsbericht des dritten Tages folgt in nächster Nummer.

Die Kriegsbeschädigtenbewegung

Eine der aus der Not der Zeit geborenen Bewegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbteil der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Zerrissenheit, belastet, sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges aufzubauen, scheiterten leider an der Habscharrigkeit, mit der politisch und religiös einseitig gerichtete Persönlichkeiten an der Schaffung neuer Organisationen tendenziöser Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen, die sich nach dem Kriege auch plötzlich der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen anzuschließen suchten, noch der Zentralverband

deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung eine Rolle der christlichen Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielt und vollkommen nationalistisch und religiös eingestellt ist. Die Gründung dieses Zentralverbandes, zunächst unter dem Namen 'Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener', ist unter dem Vorherrschaft der christlichen Gewerkschaften und deutschnationalen Abgeordneten Wehrhans und der Hilfe der christlichen, nationalen und Hirsch-Dunderichs Gewerkschaften erfolgt. Schon die Gründung zeigt, daß es sich um eine Sammlung der auf 'nationalem Boden stehenden' Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen handelte. Vorsitzender ist der deutsch-völksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Thiel. Wie der Zentralverband von den christlichen Gewerkschaften protegiert wird, zeigt ein Beschluß des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften vom November 1920 in Essen, in dem gesagt ist, daß es der christlichen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein kann, welchen Organisationen die Kriegsoffer angehören und daß nur der Zentralverband empfohlen werden kann. Bezeichnend für den Geist des Zentralverbandes ist die Tatsache, daß er sich bereits seit nahezu zwei Jahren in einer Arbeitgemeinschaft mit dem Kyffhäuserbund der deutschen Kriegervereine befindet. Der Zentralverband versucht jedoch, die Kriegsoffer selbst wie auch die Öffentlichkeit über seine einseitige Tendenz hinwegzuführen und sich als eine parteipolitisch und religiös neutrale Organisation der Kriegsbeschädigten, der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Berlin S. B. 29, Belle-Alliancestraße 16, in Frage kommt. Der Reichsbund verfolgt keinerlei Nebenziele, seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, für die sachliche Arbeit des Reichsbundes schon viele Erfolge erzielt hat. Der Reichsbund mit seinen 800 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch zukünftig die Interessen der Kriegsoffer mit Nachdruck vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsoffer, wenn sie den Reichsbund möglichst zu stärken suchen.

Die Sozialisierung des Wohnungswesens

wird jetzt von den Gewerkschaften und Mietern lebhaft erörtert. Gerade erscheinen auch in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Richtlinien für die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens, die in einer ausführlichen Begründung für die Notwendigkeit der Vergegenständlichung des Wohnungswesens auch für diejenigen, die ihr ablehnend gegenüberstehen, wertvolles Material bringen. Durch Reichsgesetz wird die Bildung von Pfandgenossenschaften, sogenannten Hauskassen, verlangt, in denen 50 bis höchstens 1000 Wohnungen und auch Gewerberäume zusammengefaßt werden. Die Hauskassen einer Stadt bilden zusammen den Wohnungsverband, ebenfalls eine Selbstverwaltungsorganisation. Das Eigentum an den Häusern, soweit es nicht kleine Eigenhäuser sind, geht gegen angemessene Entschädigung auf die Hauskassen über. Den Wohnungsverbänden liegt die Regelung der Neubautätigkeit, Verwaltung und Unterhaltung des alten und Erschließung des neuen Wohnbestandes Regem also in den Händen der so doch die Mittel zur Verfügung habenden Mieter, die zur Vertretung in der Generalversammlung, dem Ausschussrat und den Sachverständigen der Hauskassen und Wohnungsverbände haben und die bei dem Wohnungsverband mit einem kleinen Geschäftsanteil beteiligt sein müssen. Mit diesem Geschäftsanteil, den auch Jugendliche und andere Erwerbstätige ohne eigene Wohnung einsparen müssen, ist aber ein Anspruch auf eine Wohnung verbunden, der in einer bestimmten Reihe von Jahren befriedigt sein muß. Ohne in die Hoheitsrechte der politischen Körperschaften einzugreifen, hat sich die vorgegebene Selbstverwaltung der Mieter dann nach oben im Provinzial- oder Bundesverband, schließlich im Reichswohnungsverband auf.

Eine gänzliche Beseitigung all der kleinen Mietskasernen im Wohnungswesen und eine beschleunigte und systematische Befreiung des Wohnungsnot unter gerechter Heranziehung der Bewohner der vorhandenen Häuser zu den Kosten wird nachzuweisen versucht und jedenfalls wünschenswert zur Betrachtung gestellt.

Die 84 Seiten starke, mit Abbildungen versehen Schrift kostet 7 M. Gewerkschaftsmitglieder erhalten sie zur Hälfte des angegebenen Ladenpreises durch ihre Organisation.

Zur Beachtung!

Die allgemeine und gewaltige Steigerung der Befehlskosten zwingt uns, die Bezugs- und Anzeigenpreise vom 1. April ab wie folgt zu erhöhen:

Bezug für das Vierteljahr. . . . 30.— M. Anzeigenpreis der sechsspaltigen Kolonelle oder deren Raum 30.— M.

Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.

Ununterbrochenes Arbeiten auf der Drehbank

Obwohl heute der größte Teil von Maschinenbestandteilen bis zu einer gewissen Größe auf Automaten- oder Revolverbänken hergestellt wird, gibt es doch noch einige in größeren Mengen herzustellende Artikel, die aus dem einen oder dem andern Grunde auf der gewöhnlichen Drehbank gemacht werden müssen. Manche dieser Stücke nehmen für die eigentliche Arbeit nur kurze Zeit in Anspruch, so daß Ein- und Ausspannen fast solange dauert wie die eigentliche Arbeit. Um dies zu vermeiden, sind folgende Einrichtungen zu empfehlen, bei denen man das Arbeitsstück wechselt, ohne dasselbe vom Worn oder aus dem Futter zu nehmen oder eventuell auch ohne die Drehbank stillzusetzen:

Der Körner in der Arbeitsspindel wird ausgebohrt und ein Bolzen mit Körnerpfeile in die Bohrung eingepaßt, der durch eine entsprechende starke Spiralfeder so weit vorgedrückt wird, daß das Drehwerk frei von dem Mitnehmerstift an der Plan- oder Mitnehmerstange zu stehen kommt. Wird ein neues Stück eingepaßt, so drückt man mit der Reithandspitze den Worn wieder so weit gegen den verschiebbaren Körner im Spindelstock, daß das Drehwerk wieder den Mitnehmerstift berührt und mitgenommen wird.

Entzündung von Eisenpänen

Die Gefahr der Selbstentzündung ist bei Bohr-, Dreh- und Feilspänen zwar geringer als bei vielen anderen Stoffen, trotzdem sind unter gewissen Voraussetzungen Brände sehr leicht möglich. Als wesentliche, sogar als alleinige Ursache der Selbstentzündung betrachtet man bisher das an den Spänen haftende (als Kühlmittel dienende) Bohrspäne. Auf größeren Werken mit reichlichem Abfall von Bohrspänen wurden letztere in Schleudermühlen vom Fett befreit, wodurch man die Feuergefahr zu vermindern glaubte und zugleich das Öl zurückgewann. Neuerdings sind jedoch auch an entfalteten Eisenpänen Selbstentzün-

dungen beobachtet worden. Da das Öl als Entzündungsursache nicht in Betracht kommt, folgert man eine elektrostatische Einwirkung des Luftsaurestoffes. In seiner Verteilung bildet sich nach vor Eintritt des Rotationsabes eine feine Orpbildung. Dieser verdichtete Sauerstoff vermag etwa hinzutretende brennbare Gase zu entzünden. Die Entzündung einer Flamme beruht auf einer dem Gasanzünder ähnlichen Wirkung, das bei letzterem sein verteiltes Platin wird an den Eisenpänen durch die entzündete feine Orpbildung ersetzt. Auf der verhältnismäßig großen Oberfläche der Eisenpäne wird dieser elektrostatische Vorgang begünstigt, wenn durch hohe Aufschüttung auf die untere Klasse Druck und Wärmeentwicklung erzeugt wird. Zur Verhütung der Selbstentzündung ist Lagerung unter Wasser empfohlen worden. Die hierzu erforderliche Anlage ist aber nicht bei allen Betrieben durchführbar und bei längerem Lagern werden die Späne durch Rost stark leiden. Einfacher und ebenso wirkungsvoll sind überdachte und gut gefüllte Lagerplätze. Die Späne dürfen nicht in zu hohem Haufen aufgeschüttet werden.

Beförderung der Kohle in Röhren

In Pennsylvania und Kalifornien befördert man bereits das Petroleum Hunderte von Kilometern weit durch Röhren, und der amerikanische Ingenieur Bonton will nun die Kohle auf gleiche Weise transportieren. In zwei Röhren von je 35,5 Zentimeter gedankt er durch Wasserdruck jährlich 7 Millionen Tonnen Kohle vom pennsylvanischen Anthrazitbezirk nach New York zur Meeresküste zu führen und so den Bedarf dieser Meeresküste zu decken. Zur Beförderung in Röhren muß die Kohle zunächst zerpulvert und mit Wasser gemischt werden. Die technische Anlage hierzu ähnelt der Erzkohleungsanlagen, ist ein schuppenartiges, etwa 20 Meter breites und 90 Meter langes Gebäude. Am oberen Ende mündet das Fördereisen, darunter die Wanne. Die Kohle wird in Siebmäschinen gewaschen und von Unreinigkeiten befreit und als gepulverte Kohle mittels Pumpen in die Röhren getrieben. Diese sind in regelmäßigen Zwischenräumen

von einigen Kilometern aufgestellt und werden den Städten zugeleitet. Nach früheren Versuchen lassen sich Mischungen von je 50 Gewichtsteilen Kohle und Wasser anstandslos pumpen und können länger als 24 Stunden stehen und dann erst fortgeleitet. Auch Mischungen mit 75 und noch höheren Gewichtsteilen Kohle sollen durch Pumpen befördert werden können. In London wird seit 1915 Kohle über einen halben Kilometer weit in einer Röhre von 20 Zentimeter befördert, und trotz der Gemundtheit und Steigung der Linie um etliche Meter werden stündlich 50 Tonnen Kohle versandt.

Spiralbohrerschleifmaschine

Die Oliver Instrument Co. in Adrian hat eine kleine automatisch arbeitende Spiralbohrerschleifmaschine herausgebracht, die im Aufbau den normalen Maschinen ähnelt, bei denen der Bohrer mit der Hand geführt wird. Der Schleifer braucht nur den Bohrer anzuspinnen und die Schneidlippen nach Augenmaß oder mit Zirkeln anzustellen. Die Maschine schleift auch drei- oder vierkantige Spiralsenker. Eine besondere Einstellung für die verschiedenen Bohrergrößen ist nicht erforderlich. Die Schleifschleifen sind in Kegelform und besitzt Quer- und Achsfalshwembewegung. Die Getriebe laufen in Öl.

Die Temperatur der Löfflamme

Ist nicht nur von dem verschiedenartigen Brennstoff, sondern auch vom Druck, der bei gleichen Brennstoffen verschieden sein kann, abhängig. Die Löfflampe arbeitet mit einem Druck von 2 bis 3 Atmosphären am besten. Innerhalb einer Länge von etwa 20 mm hinter der Brennröhrenmündung wird mit dem Pyrometer eine mittlere Flammentemperatur von etwa 1500 Grad Celsius gemessen, wenn der Behälter aus Stahlblech hergestellt ist. Bei den Lampen mit Messingbehälter haben die Messungen folgendes ergeben: Die sichtbare Flammlänge betrug etwa 14,5 mm, die mittlere Flammentemperatur der heißesten Zone, etwa 20 mm lang ist, betrug 1450 Grad Celsius.

Unsere Arbeitslage

Aber die Beschäftigungslage in der Woche vom 9. bis 16. März...

Vollbeschäftigt waren 28 462 Betriebe mit 2 067 839 Arbeitern...

Table with 4 columns: Beschäftigungskategorie, Berichtswache, Vormonats, and percentages.

Einer geringen Erhöhung der vollbeschäftigten Betriebe steht die...

Woche vom 11. bis 18. Februar... 18. bis 25. Februar...

Die größte Zahl von stillgelegten und kurzarbeitenden Betrieben...

Table with 4 columns: Stunden, Betriebe, Arbeiter, and percentages for different time periods.

Einen wesentlichen Anstieg haben die von 24 bis 31 sowie die...

Aber Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden...

Vollbeschäftigt sind... 700 Betriebe mit 158 888 Arbeitern.

Von 161 431 Mitgliedern waren 10 549 arbeitslos, 5 689 kurz-

Woche vom 11. bis 18. Februar... 18. bis 25. Februar...

Au Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Ver-

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man...

Im Verlag von J. F. B. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart...

Jesus Christus, der Meister der Religion des Sozialismus. Von Dr....

Preis 9 A. Verlag: Leipziger Buchdruckerei H. O. Kretzschmar...

Die Schrift ist ein geschichtliches Dokument. Sie zeigt, wie in Deutschland...

Die Deutsche Arbeiterbewegung, ihr Kampf und ihre Zukunft. Ein...

follicher Weg zum Berechnen von Wechselrätern für Gewinde jeder...

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 2. April ist der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 9. April 1922 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbands-

Table with 3 columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der, and Beginn der Beitragszahlung.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3...

Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Schlosser Friedrich Schulze, geb. am 7. Mai 1897...

Auf Antrag der Verwaltungstelle Röhren: Der Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897...

Auf Antrag der Verwaltungstelle Düsseldorf: Der Dreher Gustav Deter, geb. am 18. März 1898...

Kennlich gerügt wird: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Berlin: Der Dreher Paul Schlicht, geb. am 26. September 1892...

Geküßelt wurde: Mitgliedsbuch Nr. 475520, lautend auf den Häutenarbeiter Albert Kalbach...

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Andzug

- Über eingelaufene Gelder im Monat Februar 1922. Von Achen 8000 A. Altena i. W. 60000. Altenburg 60000. Albstadt 6000...

Stolberg 30000. Stolpen 10000. Stuttgart 380000. Stuttgart (Einzel...

Zur Beachtung! • Zugzug ist fernzubalten:

von Hellenarbeitern nach Delf i. Schief. (Moritz Claus) D.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet...

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Februar 1922.

Einnahmen: Von den Filialen eingekandt 67 087,88 A. Beiträge von Einzel...

Ausgaben: In die Filialen gesandt 102010.- A. Krankengeld an Einzel...

Abchluss: Ausgaben 211014,47 A. Einnahmen 86820,47 A. Mehrausgaben 124194.- A....

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbefälle bestimmten...

Verbands-Anzeigen

Ernenberg (Wald). Zum 1. Mai wird für die hiesige Verwaltung...

Sonstige Anzeigen

(Anschreiben betr. die Arbeiterpreise sind niemals an die Redaktion, sondern...

Dreher, an genaues Arbeiten gewöhnt, für dauernde Beschäftigung gesucht.

Geübter Drücker für Verlag- und Eisenblech bei gutem Lohn zum sofortigen Eintritt...

Feilenhauer (Handhauer), welcher auch häuten kann, für dauernde Stellung gesucht.

Formner für Modellarbeit zu dauernder Beschäftigung gesucht. F. Bernhardt, Leisnig i. Sachf.

Mehrere Formner (Hand- und Maschinenformner), ihr sofort gesucht.

2 tüchtige Handformner zum sofortigen Eintritt sucht Koller & Comp., Weihenstephan a. d. S.

Heizungsmonteur, nur absolut selbständige Kräfte, für sofort gesucht.

Maschinenhauer auf Brombein 8 oder 17 gesucht. (Alford, Dutschke-Verlag)

Tüchtiger Maschinenhauer, lehrer Handhauer zum Anlernen, sofort gesucht.

Metalldrücker, mehrere, auf Aluminium eingearbeitet, stellt ein.

Metallformner, tüchtige, stellt sofort ein. Lieberg & Comp., Kommandit-Gesellschaft, Metallwerke, Raffel-Weitenhausen.

Schlossergeselle, tüchtiger (evtl. auch Schwarzblechschloßer), sofort für Bau- und Viechschloßer gesucht.

2 bis 3 jüngere Schlosser, die in prägnanten Schraubarbeiten tüchtig sind und nach Bedingung selbständig arbeiten, für sofort bei gutem Lohn gesucht.

Werkzeugschloßer, tüchtig, stellt sich selbständig im Schloß- und Stangenbau, gesucht.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Kötterstraße 16 B.